

Stichwort: BAYER

Informationen der BAYER-Coordination zum multinationalen BAYER-Konzern

KONSEQUENT

Anders als andere Gruppen und Organisationen bleiben wir nicht bei den Problemen und deren Auswirkungen stehen, sondern wenden uns konsequent einem der großen Verursacher, dem multinationalen Chemie-Giganten BAYER, zu.

Wir informieren nicht nur regelmäßig mit "Stichwort: BAYER", sondern handeln auch. Als "Kritische BAYER-Aktionäre" und mit vielen anderen Aktionen versuchen wir mehr Umweltschutz und sichere Arbeitsplätze bei BAYER weltweit durchzusetzen.

Angesichts der Macht und dem Auftreten des BAYER-Konzerns kein leichtes Unterfangen. Zumal uns - entsprechend der Effizienz unserer Arbeit - der Zorn und die Reaktion des Konzerns besonders hart trifft.

Wir werden unsere Arbeit nur weiterführen können, wenn wir umfangreich neue Mitglieder und Förderer gewinnen. Sollte dies nicht gelingen, ist nicht nur unsere Arbeit, sondern auch unsere Existenz gefährdet.

Wir brauchen Sie als Mitglied bzw. Förderer. Sollten Sie bereits Mitglied sein, bitten wir Sie, zu überlegen, ob Sie vielleicht Ihren Beitrag freiwillig erhöhen können oder eventuell jemanden kennen, der (Förder-)Mitglied werden könnte. Benutzen Sie bitte beigefügte Postkarte.

Die BAYER-Coordination muß weiter existieren.

Ihr
 LeserService
 Christiane Schnura

Christiane Schnura

Inhaltsverzeichnis

Aktiv gegen BAYER	4
Belegschaft/Arbeitsplätze . . .	11
Buchbesprechungen	24
Das Imperium	18
Gesellschaft	23
Giftmüll	14
Impressum/Wir über uns	24
In eigener Sache	2
Kautschuk	16
Ökonomie	20
Pestizide	17
Pharma	17
Politik	21
Produktionssicherheit	13
Propaganda	20
Termine	3
Unfälle	12
Wasser	15
Wissenschaft/Forschung	23

Stichwort: BAYER

Informationen der BAYER-Coordination zum multinationalen BAYER-Konzern

§ 324. [Brunnenvergiftung] Wer vorsätzlich Brunnen- oder Wasserbehälter, welche zum Gebrauche anderer dienen, oder Gegenstände, welche zum öffentlichen Verkaufe oder Verbräuche bestimmt sind, vergiftet oder denselben Stoffe beimischt, von denen ihm bekannt ist, daß sie die menschliche Gesundheit zu zerstören geeignet sind, ingleichen wer solche vergiftete oder mit gefährlichen Stoffen vermischte Sachen wissentlich und mit Verschweigung dieser Eigenschaft verkauft, feilhält oder sonst in Verkehr bringt, wird mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren und, wenn durch die Handlung der Tod eines Menschen verursacht worden ist, mit Zuchthaus nicht unter zehn Jahren oder mit lebenslangem Zuchthaus bestraft.



Inhaltsverzeichnis

Aktiv gegen BAYER :	4
Belegschaft/Arbeitsplätze	11
Buchbesprechungen	24
Das Imperium	18
Gesellschaft	23
Giftmüll	14
Impressum/Wir über uns	24
In eigener Sache	2
Kautschuk	16
Ökonomie	20
Pestizide	17
Pharma	17
Politik	21
Produktionssicherheit	13
Propaganda	20
Termine	3
Unfälle	12
Wasser	15
Wissenschaft/Forschung	23



Liebe
Leser!

Nichts als heiße Luft

Die SANDOZ-Katastrophe und die danach gemeldeten Chemie-Störfälle verbreiteten Schrecken im Lande. Die öffentliche Aufmerksamkeit richtete sich auf die Chemie-Konzerne, auf BAYER.

Heizten der Verband der Chemischen Industrie (VCI) und BAYER mit Arroganz und Ignoranz den öffentlichen Ärger weiter auf, so reagierten ihre Regierungs-Agenten bedeutend geschickter. Wallmann & Co. überschlugen sich in Forderungen. Extrem bis zur Radikalität, dem Volke so recht aus dem Herzen gesprochen, der Umwelt zuliebe zogen sie gegen die Chemische Industrie zu Felde. Gesetze sollten verschärft, Produktionen stillgelegt, Konzernchefs bestraft werden.

Arbeitsminister Blüm überholte gar die kritischen BAYER-Aktionäre links. Er forderte für die Chemische Industrie den vollständigen Verzicht auf Dividende zugunsten umweltschützender Investitionen.

Nur, es blieb von dem wochenlangen Wort-Getöse nichts übrig. Nichts, nichts,

nichts! Nicht eine einzige der zahlreichen Forderungen wurde realisiert. Das ganze Regierungs-Getöse löste sich in einem Änderungs-Entwurf einer Verordnung (Störfall-Verordnung) auf, der mit großer Wahrscheinlichkeit von der Chemischen Industrie auch noch gekippt wird.

Die Millionen-Investitionen von BAYER & Co. in Kohl und Wallmann haben sich bewährt. Die öffentliche Meinung wurde besänftigt, BAYER aus den Schlagzeilen gerettet.

Doch die Sensibilisierung der Bevölkerung ist geblieben. Das Mißtrauen gegenüber der Chemischen Industrie und ihren Marionetten in der Politik ist gewachsen. Die Notwendigkeit konsequenten Engagements gegen die Chemie-Konzerne wurde offenkundiger denn je. Das Beispiel und die Arbeit unserer Organisation, der BAYER-Coordination, hat an Bedeutung gewonnen.

Mit umweltfreundlichen Grüßen

Ihr

Axel Köhler-Schnura

An dieser Stelle auch die Erinnerung an alle unsere Mitglieder und Abonnenten, ihre Jahres-Rechnungen zu begleichen, soweit noch nicht geschehen. Wir brauchen dringend jeden Pfennig.

Um langfristig aus der Misere rauszukommen, arbeitet seit geraumer Zeit eine Projektgruppe des Vorstands fieberhaft an Lösungen. Wir sind alle schon auf die Ergebnisse gespannt. Sicher ist aber bereits jetzt: Wir werden auch weiterhin auf jede Hilfe und jede noch so kleine Spende unserer Freunde, Förderer, Mitglieder und Abonnenten angewiesen sein.

Postgiroamt Essen
Konto 3783 83 - 439
Stichwort: Solidaritätsspende

Pillen, Pillen, Pillen

Wer hat Interesse, sich mit BAYER-Medikamenten-Skandalen, Menschenversuchen etc. intensiver zu beschäftigen? Unsere Projektgruppe "Pharma" braucht dringend Verstärkung.

Bitte wenden an:

BAYER-Coordination
Ulrike Elbers
Stolbergstraße 3
5180 Eschweiler
0 24 03 - 39 96

Büromaterial gesucht

Ohne Büromaterial können wir nicht arbeiten. Gebrauchen können wir nahezu alles: (elektronische) Schreibmaschinen, EDV-Material, Büromaterial aller Art, alte Anrufbeantworter etc.

Bitte schicken oder wenden an:

BAYER-Coordination
Dieter Gremler
Hofstraße 27a
5650 Solingen 11
02 12 - 33 49 54

In eigener Sache

Besser und billiger

Viele Leser werden sich über die vorliegende Ausgabe von "Stichwort: BAYER" wundern. Einerseits schreiben wir, daß uns das Geld ausgeht, andererseits ist dieses Heft so aufwendig produziert wie keines zuvor???

Des Rätsels Lösung liegt bei der Bundespost. Bisher mußten wir unsere Abonnenten per Drucksache beliefern. Das war recht teuer.

Ein anderer, billigerer Weg war leider nicht möglich. Die Bundespost-Bürokraten lassen nämlich nur gesetzte Druckerzeugnisse zum preiswerten Postzeitungsdienst zu. Und erkennen noch nicht einmal Compose-Satz an, sondern nur den sauteuren Fotosatz. Halb so schlimm, d.Setzer

Nun hat endlich die Zahl der Abonnenten und unsere Auflage jene Grenze überschritten, nach der die Kosten des Fotosatzes durch die Porto-Einsparungen gedeckt wer-

den können. Wir haben also hiermit das erste "Stichwort: BAYER" im Fotosatz produziert und werden demnächst nicht mehr per Drucksache, sondern über den Postzeitungsdienst der Bundespost ausliefern.

Damit ist das Wunder vollbracht: besser und billiger zugleich. △

Danke für die Solidarität

Unser Aufruf zur Rettung der BAYER-Coordination im letzten "Stichwort: BAYER" ist glücklicherweise nicht ungehört verhallt. Viel Beistand und Hilfe hat uns seither erreicht. Spenden, Beitrittserklärungen, neue Stichwort-Abos und auch andere Unterstützung.

Wir danken allen, die geholfen haben, recht herzlich. Wir haben uns sehr über diese Solidarität gefreut. Es ist gut, zu wissen, daß es in der Auseinandersetzung mit BAYER so viele Freunde und Gleichgesinnte gibt.

Wenn auch unsere Probleme noch längst nicht gelöst sind, so konnte doch auf jeden Fall der unmittelbare Kollaps der BAYER-Coordination verhindert werden.

Allerdings leben wir nach wie vor von der Hand in den Mund. Wir sitzen immer noch auf einem großen Schuldenberg und haben auch das laufende Geschäftsjahr finanziell noch nicht gesichert.

Das Bild ist wichtig

Wer hat Lust, für uns zu fotografieren? Wir brauchen Fotos und unser Fotoarchiv braucht Pflege.

Bitte wenden an:

BAYER-Coordination
Axel Köhler-Schnura
Jägerstraße 78
4000 Düsseldorf 1
02 11 - 22 92 601

Aktionen zur BAYER-HV '87

Unsere Projektgruppe "Kritische BAYER-Aktionäre" hat ihre Arbeit aufgenommen. Sie trifft sich ca. alle drei Wochen in Köln.

Wer Interesse an der Mitarbeit hat, wende sich an:

BAYER-Coordination
Dieter Gremler
Hofstraße 27a
5650 Solingen 11
02 12 - 33 49 54

Veranstaltungsangebot der BAYER-Coordination

Die BAYER-Coordination wird immer häufiger zu Vorträgen, Diskussionsveranstaltungen und Stellungnahmen eingeladen. Wir betrachten dieses steigende Informationsbedürfnis und die gewachsene Aktionsbereitschaft von Umweltschützern, kirchlichen Gruppen, Gewerkschaftern und Parteien auch als Erfolg unseres Wirkens und freuen uns darüber.

Wir wollen dieser Entwicklung dadurch gerecht werden, indem wir ständig den Kreis der Referenten und das Angebot der Vorträge erweitern.

Grundsätzlich sind wir in der Lage, zu jedem der vielen den BAYER-Konzern betreffenden Themen mehr oder weniger umfangreich Stellung zu nehmen. Insbesondere bieten wir Referenten für folgende Themen an:

- BAYER und die Umweltkrise
- Kritische BAYER-Aktionäre
- Kampfstoffproduktion und BAYER
- Umweltprobleme durch BAYER-Pestizide
- BAYER-Pestizide in der Dritten Welt
- Geschichte des BAYER-Konzerns
- Pharma-Probleme mit dem BAYER-Konzern
- Pharma-Probleme in der Dritten Welt
- BAYER und die Gen-Technologie
- Produktionssicherheit bei BAYER
- Wasserversuchung durch den BAYER-Konzern
- Tierversuche bei BAYER

Für unsere Leistungen entstehen Fahrtkosten (Bahnfahrt 2. Klasse) sowie Kosten für ein Honorar und für eine evtl. anfallende Video-Leihe. Alle Gelder dienen ausschließlich dazu, die Arbeit der BAYER-Coordination zu finanzieren.

Termine und weitere Absprachen werden am besten mit unserer Geschäftsstelle vereinbart:

BAYER-Coordination
Dieter Gremmler
Hofstr. 27a
5650 Solingen 11
0212 - 33 49 54

Termine

Gesundheitstag

Vom 28. bis zum 31. Mai 1987 findet in der Gesamthochschule Kassel der 4. Gesundheitstag statt.

Er ist ein Forum für alle, die sich mit der herkömmlichen Zuschreibung für Gesundheit und Krankheit nicht zufriedengeben wollen. Er soll allen in der Gesundheitsbewegung Aktiven sowie allen Betroffenen die

Chance geben, miteinander zu diskutieren.

In diesem Jahr werden insbesondere die Umweltfragen auf die Tagesordnung gesetzt. Eines der sechs Diskussionsforen wird sich mit dieser Thematik ausführlich beschäftigen.

Die BAYER-Coordination ist aktiv an Vorbereitung und Durchführung des Gesundheitstages beteiligt.

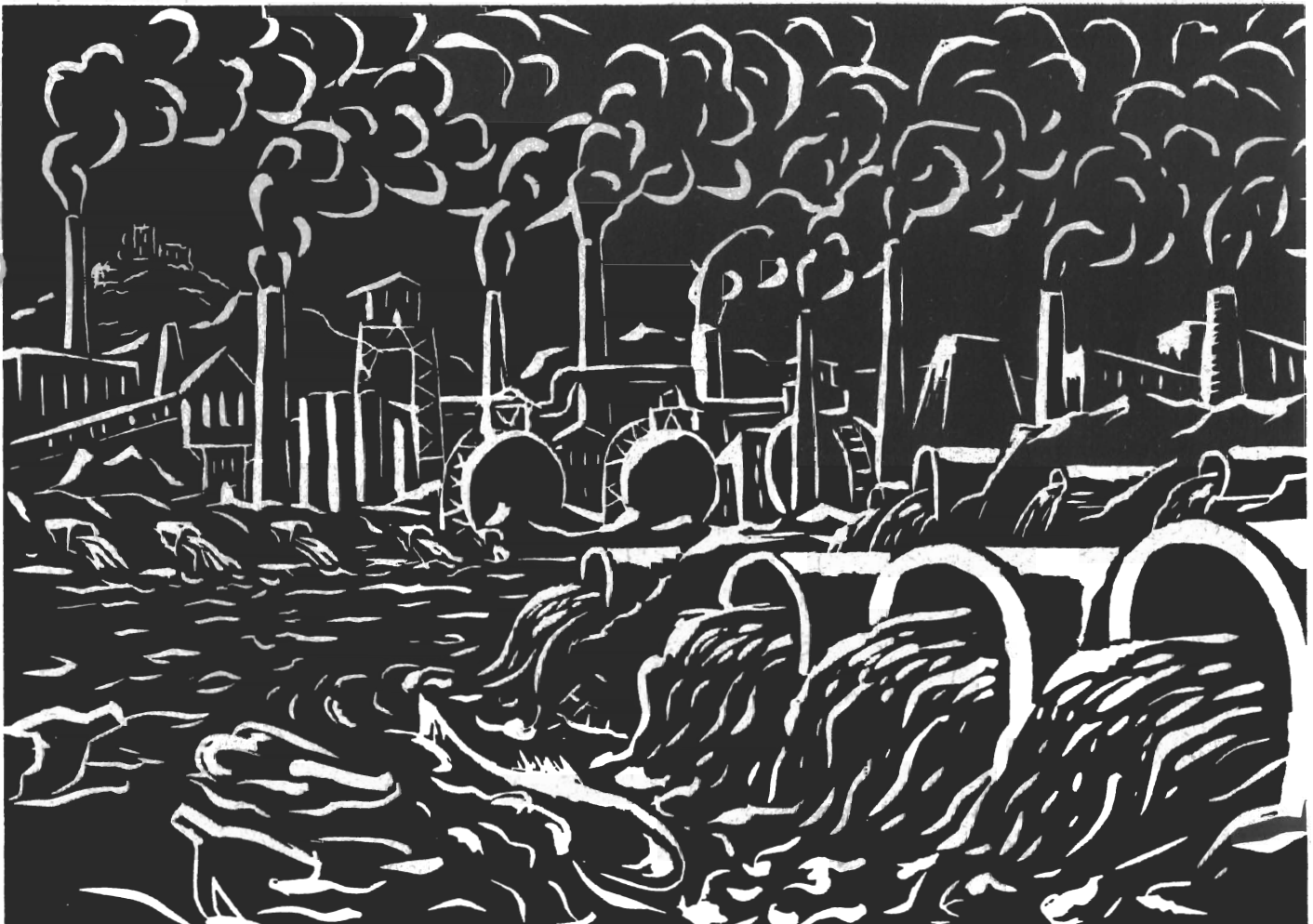
Anmeldungen an:
Verein Gesundheit und Ökologie
Friedrich-Ebert-Str. 177
3500 Kassel
0561/34 000

Mitgliederversammlung der BAYER-Coordination

Die nächste Mitgliederversammlung der BAYER-Coordination wird am Samstag, den 4. Juli 1987 in Solingen stattfinden. Bitte den Termin heute schon vormerken.

Auf der Mitgliederversammlung wird der Vorstand über den Erfolg oder Mißerfolg (hoffentlich nicht!) seiner Bemühungen zur Stabilisierung der BAYER-Coordination berichten. Gemeinsam soll das weitere Vorgehen beraten werden.

Doch nicht nur Geld und Organisationsfragen sollen eine Rolle spielen. Es sollen die unmittelbar anstehenden politischen Fragen diskutiert und eine Einigung über die Schwerpunkte des Jahres 1988 erzielt werden.



Der Künstler Georg Kern übersandte uns mit solidarischen Grüßen diesen großformatigen Linolschnitt. Er trägt den Titel: "Und ruhig fließet der Rhein."

Antragsschluß für die MV ist entsprechend unserer Satzung der 25. Mai 1987. Bis dahin bitte auch eventuelle Wahlvorschläge für den neuen Vorstand einreichen. Der Vorstand wird eine detaillierte Einladung nebst Anträgen, Wahlvorschlägen etc. demnächst allen Mitgliedern zukommen lassen.

Wer übernachten will: Es ist für genügend Plätze gesorgt. △

Bundeskongress entwicklungspolitischer Gruppen

Vom 28. bis 31. Mai 1987 wird in Fulda der 11. Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen tagen. Er wird sich mit dem Thema "Elende Schuld - unverschuldetes Elend" beschäftigen. Es soll eine gründliche Analyse geleistet und eine Gegenstrategie entwickelt werden.

Die BAYER-Coordination wird sich im Rahmen eines Workshops beteiligen.

Weitere Informationen und Anmeldung bei:

BUKO
Nernstweg 32 - 34
2000 Hamburg 50

Aktiv gegen BAYER

Podiumsdiskussion in Itzehoe

Im BAYER-Werk Brunsbüttel soll eine neue Giftmüll-Verbrennungsanlage installiert werden, die Sondermüll aus ganz Schleswig-Holstein "entsorgen" soll. 18.000 Tonnen Salz sollen aufgrund dieser Anlage zusätzlich in die Elbe geleitet werden, weitere 16.000 Tonnen "Rückstände" müssen auf Sondermüll-Deponien gebracht werden. 60.000 Tonnen Giftmüll sollen jährlich verbrannt werden.

Im laufenden Planfeststellungsverfahren zu dieser Anlage regt sich Widerstand in der Bevölkerung. Die GRÜNEN, der Brunsbütteler Kooperationspartner der BAYER-Coordination, der Förderkreis "Rettet die Elbe" und die Umweltschutzgruppe "Physik/Geowissenschaften" veranstalteten am 11. Februar 1987 eine Podiumsdiskussion zur Klärung der Vorbehalte. Als Vertreter des BAYER-Konzerns nahm Dr. Mischner und Dr. Geffarth teil.

Die Veranstaltung fand größtes öffentliches Interesse, der Saal war beinahe voll. Trotz stundenlanger Diskussion konnte BAYER die Kritik der Einwender, Umweltschutzverbände und Öffentlichkeit nicht ausräumen. Es ging um die Verseuchung der Elbe, die Lagerung der Rückstände, die Gefährdung der "entsorgten" Giftstoffe usw. △

Anklage vor dem Internationalen Rhein-Tribunal

Auf dem zweitägigen Internationalen Rhein-Tribunal am 13./14. Dezember 1986 in Auggen/Breisgau erhielt auch die BAYER-Coordination die Möglichkeit zu einer Stellungnahme. Sie klagte den Konzern der ständigen Rheinverseuchung und Irreführung der Öffentlichkeit an.

Die Stühle der Beklagten, der Vertreter der großen Chemie-Betriebe im In- und Ausland, der Umweltminister und Regierungsbeamten blieben leer. Was nicht hieß, daß der BAYER-Konzern dem Tribunal ferngeblieben war. Der Vertreter der BAYER-Coordination entdeckte im Publikum Dr. Stolpa von BAYER und begrüßte ihn öffentlich.

BAYER hat durch Herrn Stolpa sicherlich aus erster Hand erfahren, daß der Konzern für schuldig befunden wurde, "den Rhein ... vergiftet oder diese Vergiftung geduldet zu haben, (ihn) tagtäglich durch Gifteinleitungen weiter zu schädigen, (das) Eigeninteresse vor Gesundheit und Leben von Menschen und Umwelt gestellt zu haben und zu stellen, die Menschen systematisch über sein Treiben zu täuschen, (seine) Sorgfaltspflicht verletzt und das Vertrauen der Bevölkerung mißbraucht zu haben, die Existenz ganzer Berufsgruppen vernichtet zu haben oder aufs Spiel zu setzen, grob fahrlässig oder sogar vorsätzlich Schäden verursacht zu haben und zu verursachen, die mit finanziellen Mitteln nicht mehr zu beseitigen sind". Das Internationale Rhein-Tribunal bezeichnete diesen unverantwortlichen Umgang mit den natürlichen Grundlagen unseres Lebens als kriminell. △

Veranstaltung in Burscheid

Die DKP und die GRÜNEN in Burscheid führten am 18. Dezember 1986 eine Podiumsdiskussion durch. Thema der Veranstaltung: "Chemische Zeitbombe BAYER?" Diese Frage hat für den Ort besondere Brisanz, da die Anlagen des BAYER-Werkes Leverkusen in der Nähe liegen.

Der BAYER-Konzern - obwohl offiziell eingeladen - verweigerte die Teilnahme. △

Gegen veraltete Anlagen in Wuppertal

"Sicherheit am Arbeitsplatz und Schutz der Gesundheit von Mitarbeitern und Nachbarn haben hohe Priorität" - so heißt es in den "Leitlinien für Umweltschutz und Sicherheit bei BAYER".

Die Betriebsgruppe der DKP bei BAYER/Wuppertal weist darauf hin, daß es sowohl im Pharma- als auch im Pestizid-Bereich veraltete Produktionsanlagen gibt, die die hohe Priorität im Bezug auf Sicherheit am Arbeitsplatz und Gesundheitsschutz der Mitarbeiter und Nachbarn nicht erkennen lassen. Sie fordert, daß diese "sicherheitstechnisch unbedingte so nachgerüstet werden müssen, daß sie anwährend einem modernen Sicherheitsstandard erreichen". △

Öffentliche Analyse in Hamburg

Im Rahmen einer Veranstaltungswoche "Chemie - unser Leben?!" des Kommunikations- und Informationszentrums für Entwicklung, Frieden und Menschenrechte führte das Pestizid-Aktions-Netzwerk (PAN) eine öffentliche Analyse des BAYER-Propaganda-Films "Der Auftrag, der uns bleibt" durch.

Es ging darum, aufzuzeigen, mit welchen Mitteln und Methoden der BAYER-Konzern arbeitet, um gegen ihn vorgebrachte Kritik zu überwinden und die Öffentlichkeit für sich zu gewinnen. Die Analyse förderte eine ganze Reihe subtiler psychologischer Tricks zutage. △

Aktion in Dormagen

Am 18. Dezember 1986 pflanzten Mitarbeiter der Umweltschutz-Organisation Greenpeace am Einlaßkanal A des BAYER-Werkes Dormagen ein Schild auf:

"Minister Matthiesen und die Firma BAYER verheimlichen: Hier dürfen pro Jahr mit amtlicher Erlaubnis eingeleitet werden:

- Abwassermenge 159.724.000 m³
- Sauerstoffzehrung 17.450 to
- Schwer abbaubare Stoffe 12.848 to
- Quecksilber 0,524 to.

Wir brechen das Schweigen. Greenpeace."

Vorhergegangen waren Probe-Entnahmen im Abwasserkanal, die von Greenpeace weiter untersucht werden.

Dr. Herbert Orth und Dr. Hans Weitzel von BAYER/Dormagen dementierten die von Greenpeace veröffentlichten Werte sofort. Nicht 159 Mio. cbm, sondern lediglich 85 Mio. cbm Abwasser würden jährlich eingeleitet. Nicht 12,8 Tsd. to, sondern lediglich 4,8 Tsd. to schwer abbaubarer Stoffe würden jährlich eingeleitet. Und vor allem: Nicht 524 kg Quecksilber würden eingeleitet, sondern lediglich 12 kg pro Jahr.

All dieser Zahlenwirrwah unterstreicht nur die Forderung von Greenpeace, alle Einleiterbescheide offenzulegen und die Einleitungen öffentlich - auch von Umweltschutz-Organisationen - kontrollieren zu lassen.

Auch die Worringer Jungsozialisten wandten sich öffentlich gegen die Quecksilbereinleitungen von BAYER in Dormagen. △

Strafanzeige in Leverkusen

Ein ehemaliger Leverkusener Bürger erstattete Anfang des Jahres Strafanzeige gegen BAYER. Er sei evtl. selbst Opfer des BAYER-Giftmülls geworden.

Bis Anfang der 70er Jahre hat der Konzern seinen Giftmüll täglich in Wiesdorf abgeladen. Der Anzeige-Erstanter spielte damals als Kind fast täglich auf der Mülldeponie. Ende der 70er Jahre mußte er feststellen, daß in der Umgebung der Halde sämtliche Bäume abgestorben waren. Er hat den Verdacht, daß die Gifte das Grundwasser beeinträchtigen. Auch bei ihm selbst können gesundheitliche Langzeitschäden nicht ausgeschlossen werden. △

BAYER-Info-Zentrum in Leverkusen besetzt

In einer Blitzaktion druckte der BAYER-Konzern tausende von "BAYER aktuell" und hängte eilig Dutzende von Plakaten auf: "Gesprächsbereitschaft über Umweltschutz beantworteten die GRÜNEN mit Nötigung". So reagierte der Konzern am 02. Dezember 1986 auf eine Aktion der grünen Bundestagsfraktion.

Die grünen Bundes-Parlamentarier hatten Ende November mit dem BAYER-Vorstandsmitglied Dr. Ernst Heinrich Rohe einen Gesprächstermin vereinbart. Sie wollten Antwort auf die Fragen:

- Wie steht es mit der Sicherheit bei BAYER/Leverkusen?
- Welche meldepflichtigen Störfälle und nicht meldepflichtigen Betriebsstörungen hat es seit 1980 gegeben?
- Wie sehen die Katastrophen- und Evakuierungspläne aus?
- Wieviel CHLOR, PHOGEN und Säure-CHLORIDE werden gelagert und wie sind die Lager gegen Störfälle gesichert?
- Von welcher Art, Menge und Beschaffenheit sind die Stoffe, die täglich ins Wasser gelangen?
- Welche Anlagen zur Lagerung wassergefährdender Stoffe sind nicht genehmigt?
- Wie stark ist das Grundwasser unter dem BAYER-Gelände verseucht?

Das Gespräch mit BAYER, an dem Eberhard Bueb, Hannegret Hönes, Willi Hoss, Dorothee Piermont, Jürgen Reents und Ludger Volmer teilnehmen sollten, wurde mit verschiedenen Umweltschutzgruppen und der BAYER-Coordination vorbereitet.

Am Morgen des 02. Dezember 1987 bestieg die grüne Verhandlungsdelegation, die Bundestagsfraktion der GRÜNEN, die zahlreich erschienene Presse sowie die Vertreter der BAYER-Coordination und anderer Umweltschutz-Organisationen in Bonn den Rheindampfer "Beethoven". Aus der Fahrt zum BAYER-Gespräch wurde eine Protest-

Demonstration auf dem Rhein vom Bonner Bundeshaus zur Leverkusener Konzern-Zentrale. "Profit o.k. - Umwelt k.o." - so die Transparente, die von vorbeifahrenden Schiffen mit freundlichem Hupen begrüßt wurden.

Während der Fahrt führten die GRÜNEN eine öffentliche Fraktionssitzung zum Thema "Rheinverseuchung durch die Chemische Industrie" durch. Sie hörten Experten und betroffene Umweltschutz-Organisationen. Die BAYER-Coordination und der "Verein zum Schutze des Rheins" stellten umfangreich und sachkundig die Situation bei BAYER dar. Selbst der anwesende sozialdemokratische Leverkusener Oberstadtdirektor Bruno Krupp war "bereit, auf die Barrikaden zu gehen", wenngleich er insgesamt eher moderate Töne gegenüber BAYER anschlug.

Gegen 12.15 Uhr erreichte die "Beethoven" in Leverkusen den Rheinanleger des BAYER-Werkes. Von dort aus wurde die Verhandlungsdelegation vom BAYER-Werkschutz zum außerhalb der Stadt gelegenen Informationszentrum im Klärwerk dirigiert. Die grünen Bundestags-Abgeordneten wunderten sich und wurden mißtrauisch.

Als sie dann vom BAYER-Abgesandten Dr. Herwig Hulpke, dem Leiter der Umweltschutzabteilung, erfuhren, daß entgegen der Vereinbarung kein Vorstandsmitglied des BAYER-Konzerns zum Gespräch bereit sei und die grüne Delegation mit ihm vorlieb nehmen solle, schritten die Parlamentarier zur Tat. Sie bestanden darauf, einen Vertreter des Vorstands als Gesprächspartner zu bekommen und faßten ihre Fragen in der Forderung "Akteneinsicht!" zusammen. Anderenfalls würden sie das Informationszentrum innerhalb der nächsten 24 Stunden nicht mehr verlassen.

BAYER weigerte sich und begann seinerseits, sich bei der Belegschaft und der Öffentlichkeit über die "Nötigung" der GRÜNEN zu beschweren. Von einer Räumung des Informationszentrums durch den

Werkschutz sah der Konzern allerdings ab, um einen vollständigen Gesichtsverlust zu verhindern.

Den protestierenden Bundestagsabgeordneten wurde weder Tisch noch Stuhl zur Verfügung gestellt. Sie durften nicht telefonieren, Gespräche von außerhalb wurden nicht durchgestellt. "Wenn Sie Hunger haben, können Sie sich ja selbst etwas holen." - kaltschnäuzig der Sprecher des Konzerns Jürgen von Einem zur Weigerung, die GRÜNEN mit Lebensmitteln zu versorgen.

Nachdem es am Abend noch immer nicht zu offiziellen Gesprächen zwischen BAYER und den Parlamentariern gekommen war, organisierte die Standortgruppe der BAYER-Coordination in Leverkusen vor der Kläranlage eine Sympathiekundgebung. Dabei kam es zu einer kurzfristigen Blockade der Zufahrt.

Am 03. Dezember um 12.00 Uhr, genau 24 Stunden nach Beginn der Aktion, verließ die grüne Verhandlungsdelegation - wie angekündigt - das Informationszentrum. Sie konnten der Morgenpresse die landesweite Sympathie für ihre Aktion entnehmen: "Zynischer Umgang mit Abgeordneten." Δ

Aids-Kranke fordern Millionen

In der Vergangenheit bereits stand der BAYER-Konzern mit diesem Thema im Brennpunkt der Kritik: Menschliches Blut wird für ein Spottgeld unter oft fragwürdigen Bedingungen den Armen und Ärmsten der Welt abgezapft und mit immensen Gewinnen in den reichen und reichsten Regionen der Welt vermarktet. Darunter auch in der BRD.

Vor allem in Slums und Armenvierteln der USA und Lateinamerikas befinden sich die Blutbanken, von denen BAYER mit seiner Tochterfirma CUTTER sein Blutplasma bezieht. Immer wieder wurde neben der Profitgier des Konzerns auch die Gefahr der Verunreinigung der Produkte kritisiert.

Jetzt ist die Situation dramatisch geworden. Bereits 1984 trat die erste Übertragung von Aids durch Blutplasma in der Bundesrepublik auf. Mittlerweile häufen sich die Fälle. Der Umfang der Katastrophe ist bei weitem noch nicht abzusehen.

Die Opfer haben begonnen, sich zu wehren. Rechtsanwalt Schulte-Hillen vertritt die Interessen zahlreicher Betroffenen. Er spricht von Schadenersatzforderungen in Millionenhöhe.

Die Börse reagierte prompt. Die BAYER-Aktie stürzte um etwa 5 % ab. Δ

Studenten informieren sich

Immer öfter wird von allgemeinen Studentenausschüssen die Gelegenheit ergriffen, sich über die Probleme der Chemischen Industrie und insbesondere über den multinationalen BAYER-Konzern zu informieren. So erhielt die BAYER-Coordination im Dezember und Januar Einladungen zu Veranstaltungen in Bochum, Göttingen und Oldenburg. Überall fanden die Informationen unseres Netzwerks interessierte Zuhörer. Δ



Grüne vor dem Werkstor beim Frühstück

SPD Krefeld enttäuscht

Der Ortsverein Uerdingen/Gellep-Stratum der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) beschäftigte sich auf seiner Mitgliederversammlung Anfang des Jahres zum wiederholten Male mit dem BAYER-Konzern.

In Auswertung der CHLORMETAKRESOL-Unfälle vom 25. November 1986 und vom Januar 1986 kritisierten die Sozialdemokraten öffentlich den BAYER-Konzern. Sie wiesen darauf hin, daß "Appelle an freiwillige Nachbesserungen durch die seit Jahren hohe Gewinne erwirtschaftende Firma nichts fruchten", sondern daß die staatlichen Kontrollinstanzen gefordert sind.

Zugleich sei man sich allerdings bewußt, "daß die lokalen Einflußmöglichkeiten auf die Unternehmenspolitik" sehr begrenzt sind. Es wurden neue Gesetze auf Bundesebene gefordert, um die Schadstoffabgaben der chemischen Industrie zugunsten einer schadstoffvermeidenden Chemie zu reduzieren. △

Demonstrationen an allen Rhein-Standorten

Aus Protest gegen die permanente Verseuchung des Rheins fand am 14. Dezember 1986 die internationale Aktion "Brückenschlag" statt. Von Basel bis Rotterdam demonstrierten an diesem Tag Umweltschutzgruppen längs des Rheins und forderten den Stop der Gifteinleitungen.

Die BAYER-Coordination hatte an diesem Tag zusammen mit anderen Umweltschützern Demonstrationen und Aktionen an allen Rhein-Standorten des Konzerns organisiert:

In Krefeld umrundeten die Teilnehmer eines Protestmarsches das gesamte Werks-gelände von BAYER/Uerdingen. Anschließend legten sie einen Trauerkranz vor dem Tor der Hauptverwaltung des dortigen Werkes nieder.

In Monheim demonstrierten Umweltschützer vor dem Pestizid-Zentrum des Konzerns. Anschließend versenkten sie einen Kranz im Rhein.

In Dormagen demonstrierten ebenfalls Umweltschützer vor den Toren des dortigen BAYER-Werkes. Abschließend übergaben sie eine Protest-Erklärung mit ihren Forderungen.

In Leverkusen führte ein Trauermarsch mit mehr als 300 Teilnehmern durch die gesamte Stadt hin zum BAYER-Werk am Rheinufer. Es kam zu einer kurzfristigen Sperrung

der Autobahnbrücke. "Der Rhein ist tot - wir kennen die Mörder" und "BAYER schmiert viele, BAYER gibt Brot - BAYER gibt Spiele, BAYER bringt Tod." waren die Losungen dieser Demonstration.

Auf allen Demonstrationen sprachen Redner der BAYER-Coordination. In Leverkusen etwa die Pastorin Friedel Geisler, Mitglied unseres Vorstandes.

Die BAYER-Coordination war an diesem Tag aber auch im Rahmen weiterer Aktionen aktiv. So nahm sie in Düsseldorf an der Kundgebung auf den Rheinbrücken teil und Axel Köhler-Schnura, Sprecher der BAYER-Coordination, sprach auf der zentralen Demonstration und Kundgebung in Bonn. △

Sicherheit in Wuppertal gefordert

Die Einläufe für Regenwasser des BAYER-Werkes in Wuppertal-Elberfeld sollen an die Kläranlage angeschlossen werden. Das fordert die dortige Betriebsgruppe der DKP.

Im Katastrophenfall muß das Personal sich zunächst mit der entsprechenden Schutz-ausrüstung ausstatten. Damit ist nicht gesichert, daß die Gullies mit den dafür vorgesehenen wassergefüllten Gummisäcken schnell genug abgedeckt werden können. Im übrigen ist darüber hinaus unklar, ob eine komplette Abdichtung aller Gullies überhaupt gewährleistet ist. Damit wäre im Ernstfall die Verseuchung der Wupper - und damit des Rheins sowie des Grundwassers - wahrscheinlich. △

Reduzierung der Tierversuche gefordert

Die Junge Union Bremen hat ein Hearing zum Thema "Tierversuche" durchgeführt. Neben dem Bundes-Geschäftsführer des Deutschen Tierschutz-Bundes, Wolfgang Apel, der zugleich Landesvorsitzender des Tierschutz-Vereins in der Hansestadt ist, diskutierten Dr. Günter Meister, Leiter der Zentralstelle für Versuchstier-Fragen des BAYER-Konzerns, Prof. Dr. Gerhard Roth von der Bremer Universität, der CDU-Abgeordnete Werner Schatz, die Vorsitzende der Tierversuchs-Gegner in Bremen, Karin Vietor, und der Leiter der Abteilung "Veterinärwesen" beim Senator für Gesundheit und Sport, Dr. Harald Wiese.

Wolfgang Apel forderte ein absolutes Verbot von Tierversuchen für die Bereiche Rüstung, Chemie und Kosmetik.

Einen Schritt weiter ging Karin Vietor. Sie verlangte ein generelles Verbot von Tierversuchen, weil sie weder ethisch noch moralisch zu verantworten seien.

Das neue Tierschutz-Gesetz wurde von beiden als deutlicher Rückschritt gekennzeichnet.

Der Vertreter des BAYER-Konzerns verteidigte selbstverständlich die Tierversuche seiner Firma. "Wir können darauf in absehbarer Zeit beim besten Willen nicht verzichten, wollen wir das gegenwärtige Forschungs-Niveau auch in Zukunft halten." Im übrigen seien die Ergebnisse aus Tierversuchen im medizinischen Bereich sehr gut auf den Menschen übertragbar. Eine Aussage, die wissenschaftlich nicht haltbar ist.

Die Junge Union forderte im Ergebnis ihrer Veranstaltung eine drastische Reduzierung der Tierversuche. △

Widerstand in Krefeld und Duisburg

Empört reagierte der Chef des BAYER-Werkes Krefeld/Uerdingen, Dr. Friedrich Haas, gegenüber Institutionen, politischen Gremien und Parteien sowie aktiven Bürgern der Stadt Duisburg. Es geht um die von BAYER seit langem gewünschten Erweiterungen des Werks-geländes in Richtung Duisburg. Der Werk-Chef wirft den Gegnern dieses Vorhabens vor, die Schaffung neuer Arbeitsplätze zu verhindern.

Seit Jahren wehren sich Bürgerinitiativen, die Grünen und andere mit Unterstützung der BAYER-Coordination gegen die geplante Erweiterung des Krefelder Werkes. Vor allem deshalb, weil auf dem neuen Gelände gefährliche Anlagen in unmittelbarer Nähe von Wohngebieten errichtet werden sollen.

Im übrigen verstößt die Planung gegen geltendes Duisburger Recht und wird deshalb auch von der Verwaltung und dem Rat der Stadt Duisburg zurückgewiesen. Aufgrund vieler hundert Bürger-Einsprüche konnte in Duisburg das erforderliche Plan-änderungs-Verfahren bisher erfolgreich verhindert werden.

Aufgrund der massiven öffentlichen Proteste hat auch die Stadt Krefeld zwischenzeitlich ihre Genehmigung zurückgezogen.

Allerdings ist das Thema für BAYER noch längst nicht beendet. Mit der Begründung, den Erhalt des Werkes Krefeld sichern zu müssen, drängt der Konzern auch weiterhin auf die entsprechenden Genehmigungen. "Wir stehen z.Zt. in neuen Verhandlungen mit der Stadt, die sehr sachlich verlaufen", betont Dr. Haas seine Hoffnungen. △



Prozeß in Belgien

Seit Jahren wird in Belgien der BAYER-Konzern heftig angegriffen. Die Kontaktgruppe der BAYER-Coordination in Antwerpen, Greenpeace und andere Umweltschutz-Organisationen fordern, daß der Konzern die Einleitung giftiger Dünnsäure in die Umwelt endlich stoppt. Zumal der Konzern in der Bundesrepublik bereits umweltfreundliche Wiederaufbereitungsanlagen für Dünnsäure betreibt. Bei BAYER/Antwerpen werden mindestens 400.000 Tonnen Dünnsäure jährlich in die Umwelt eingeleitet. Mehrfach bereits kam es zu Blockaden und anderen Aktionen.

Der Leiter des Umweltressorts bei BAYER/Antwerpen, Direktor Meeuwen, wurde 1985 dadurch bekannt, daß er sich öffentlich ein Glas Dünnsäure einverleibte. Er wollte damit beweisen, daß dieses BAYER-Gift keine Probleme für die menschliche Gesundheit mit sich brächte. Als ihm allerdings vergangenes Jahr von Umweltschützern im Rahmen eines vor dem Werkstor organisierten "ökologischen Dinners" Dünnsäure angeboten wurde, verweigerte er dieses Getränk.

Dies soll nun anders werden. Belgische Richter forderten Herrn Meeuwen auf, sein spektakuläres Experiment im Gerichtssaal zu wiederholen. Am 24. April 1987 wird ein Prozeß gegen BAYER eröffnet. Die Anklage basiert auf Untersuchungen von Umweltschutz-Organisationen aus dem Jahr 1983. BAYER wurde illegaler Dünnsäure-Einleitungen in die Schelde überführt. Direktor Meeuwen und drei weiteren BAYER-Leuten drohen Haftstrafen bis zu 6 Jahren. Δ

Holzgift-Prozeß verloren

Am 17. Dezember 1986 hat das Landgericht Köln die Klage der Familie Zapke gegen die BAYER-Tochter BAYER DESOWAG u.a. abgewiesen. Mit einer äußerst skandalösen Begründung: Der Verbraucher sei selbst für die Gefährlichkeit eines Produktes verantwortlich - auch über die Angaben des Herstellers auf der Produkt-Verpackung hinaus. So machte das Kölner Landgericht aus den Opfern Schuldige.

Die Familie Zapke ist eine von Tausenden, die durch BAYER-Holzgifte gesundheitlich und materiell geschädigt wurden. Bei der Staatsanwaltschaft Frankfurt sind bereits mehrere tausend Verfahren anhängig. Gegen 140 Beschäftigte aus 40 Firmen - darunter auch aus dem BAYER-Konzern - wird wegen des Verdachtes auf Körperverletzung ermittelt. Während sich bei der Frankfurter Staatsanwaltschaft die belastenden Materialien stapeln, hat das Landgericht Köln die Schadenersatzklage der Familie Zapke vom Tisch gewischt.

Die Familie Zapke mit ihren vier Kindern hat nun zu ihren gesundheitlichen Schäden - Herzrhythmusstörungen, Hautausschläge, Haarausfall etc. -, zu dem Verlust ihres mit BAYER-Gift behandelten Hauses - es ist derart verseucht, daß es ft. Universität Bochum auf eine Sondermülldeponie gehört und sich die Versicherungen weigern, es zu versichern - nun auch noch die Prozeßkosten von über 100.000,- DM allein für die erste

Gerichtsinstanz zu tragen. Die sechsköpfige Familie sieht sich dazu außerstande und bittet um Solidarität und Unterstützung.

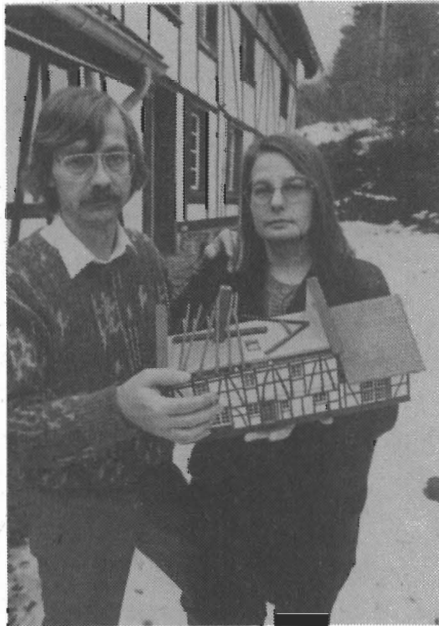
Vor allem auch, um den Prozeß in die nächste Instanz führen zu können:

Spendenkonto:

Die Verbraucherinitiative e.V.

Solidarität Holzschutzmittelgeschädigte Sparkasse Bonn, BLZ 380 500 00

Konto 019 001 411



Helga und Volker Zapke mit einem Modell ihres verseuchten Hauses

Proteste in Monheim

Das BAYER-Pestizid-Zentrum in Monheim sorgt für Unruhe. Der Konzern möchte sich Gelände, das bisher als Spiel- und Erholungsfläche diente und in den Flächennutzungsplänen z.T. als "Wohngebiet" ausgewiesen ist, einverleiben. Das entsprechende Verfahren ist eingeleitet.

Wie üblich ermöglichte der seit Jahren laufende Verwaltungsvorgang der Öffentlichkeit nicht, die Tragweite und die Auswirkungen dieses Projektes zu erkennen. Erst die kritische Aufmerksamkeit einiger Anwohner löste jetzt Proteststürme gegen das Verfahren aus. Allerdings haben BAYER und die Stadt die Angelegenheit verwaltungstechnisch bereits weitgehend unter Dach und Fach gebracht.

Auf einer Ende vergangenen Jahres veranstalteten Bürger-Anhörung machte sich die Enttäuschung und Wut der Anwohner Luft. Sie protestierten gegen die geplante Nutzungs-Umschreibung des Geländes, den Wegfall der Spiel- und Erholungsflächen und das Vorgehen von Stadt und BAYER-Konzern. Sie forderten, das Projekt grundsätzlich fallenzulassen. Der BAYER-Konzern hatte seine Planungsexperten Drehkopf und Vollmer entsandt. Sie müssen den Konzern immer dort vertreten, wo im Bauplan-Verfahren Bürgerprotest gegen BAYER brandet.

Der Hintergrund für die BAYER-Pläne liegt darin, daß der Konzern verzweifelt neues Gelände braucht für seine Pestizid-Forschung. Das bisherige Gelände ist ins Gerede gekommen, weil es im Wasserschutzgebiet liegt. Ist es doch eine Ungeheuerlichkeit, daß

der Konzern mit Freilandversuchen von Pestiziden die Verseuchung von Trinkwasser riskiert. Allerdings kann eine Vernichtung von Wohn- und Erholungsgebieten nicht die Alternative sein.

Die Anwohner in Monheim werden von allen ihnen zur Verfügung stehenden rechtlichen Möglichkeiten Gebrauch machen, um sich gegen BAYER zu wehren. Möglicherweise kommt ihnen dabei der Regierungspräsident in Düsseldorf ein wenig zu Hilfe. Er hat letztendlich die Verantwortung für die Genehmigung der BAYER-Pläne. Und die könnten zu einer empfindlichen Beeinträchtigung der für die Stadt Monheim so wichtigen Luftaustausch-Prozesse zwischen Rhein und Klipprather Wald führen. Δ

Gegen Tierversuche in Leverkusen

Die GRÜNEN in Leverkusen setzten das Thema "Tierversuche" auf die Tagesordnung. Professorin Ingeborg Bingener - Mitglied der BAYER-Coordination und der Landes-AG "Mensch und Tier" der GRÜNEN - informierte zur Situation bei BAYER.

Das Gros der Tiere werde in Wuppertal und Monheim "verbraucht". Sie betonte dabei, daß Tierversuche weder abgesicherte noch auf den Menschen übertragbare wissenschaftliche Ergebnisse bringen können. Tiere müssen für Mittel sterben, die kein Mensch benötigt - so sind z.B. schon 400 Arzneimittel gegen Rheuma auf dem Markt.

Tiere werden einzig für den Profit der Unternehmen gequält und getötet. Dementsprechend kann die Forderung nur lauten: Schluß mit den unnötigen und nicht aussagefähigen Tierversuchen. Δ

Gegen Straßenausbau in Wuppertal

Das BAYER-Konzept ist einfach wie immer: Zunächst soll ein Naherholungsgebiet im Flächennutzungsplan zur Erweiterung von BAYER-Anlagen geändert und ein entsprechender Bebauungsplan aufgestellt werden.

Ist dies durchgesetzt, dann benötigt der Konzern natürlich "günstige Verkehrsanbindungen". Dabei bleiben erneut die Interessen der Bürger auf der Strecke.

Der Konzern möchte sein Pharma-Forschungszentrum am nördlichen Rand der Stadt Wuppertal langfristig vergrößern. Die betroffene Bevölkerung, die GRÜNEN u.a. wehren sich seit längerem bereits gegen die neuen Gebietsansprüche von BAYER.

Hinzugekommen sind nun die Wünsche des Konzerns hinsichtlich der "verkehrstechnischen Anbindung". Betroffen sind ein Wohngebiet mit 7.800 Bürgern, durch das eine BAYER-Rennstrecke gelegt werden soll. Der Konzern möchte sein außerhalb der Stadt liegendes Forschungszentrum mit dem inmitten der Stadt liegenden Werk verbinden.

Die Bürger haben sich zu einer Interessengemeinschaft zusammengeschlossen und setzen sich gegen diese Pläne zur Wehr. Δ

Lebende Wand in Lever-Leverkusen

Um zu verdeutlichen, daß dem Rhein tagtäglich der Garaus gemacht wird und Katastrophen wie bei SANDOZ nur die Spitze eines Eisberges sind, führte Greenpeace die Aktion "Gläsernes Abflußrohr" durch. Mit ihrem Laborschiff "Beluga" prangerte die Umwelt-Organisation sämtliche Groß-einleiter längs des Rheins öffentlich an.

Für BAYER/Leverkusen und andere NRW-Einleiter hatte sie in einem Vorgespräch mit dem Umweltminister Matthiesen die "erlaubten" Einleitungswerte ermittelt. Diesen zufolge darf der Konzern in Leverkusen stündlich 2,3 Tonnen Schwermetalle, mehr als 10 Tonnen schwer abbaubare Stoffe und 65 kg der z.T. Krebs-erregenden chlorierten Kohlenwasserstoffe in den Rhein leiten.

Doch möglicherweise existiert bereits ein der Öffentlichkeit unbekannter Änderungsbescheid. Greenpeace wandte sich deshalb an BAYER mit der Bitte, Einsicht in den aktuellen Bescheid nehmen zu dürfen. Dies wurde verweigert mit der Begründung, es handele sich dabei um ein "Betriebsgeheimnis" und BAYER lehne es ab, "selbsternannten Kontrolleuren freien Zugang zu Einleitungsunterlagen zu geben".

Ange-sichts dieser arroganten Haltung entschloß sich Greenpeace zu einer mutigen Aktion. "Wenn BAYER uns die Überprüfung der Unterlagen verweigert, holen wir uns die Daten selbst". Am 17. Dezember 1986 kreuzte die "Beluga" in Begleitung von 5 Schlauchbooten und einer Motor-Barkasse vor dem BAYER-Werk in Leverkusen auf. Dort

formierte sich aufgeregt der Werkschutz, Posten besetzten die Rheinmauer. Man befürchtete eine Werksbesetzung.

Auf diese Weise abgelenkt, blieb das eigentliche Ziel der Aktion dem Werkschutz lange genug unerkannt. Über 50 weitere Mitglieder von Greenpeace seilten sich fachgerecht und blitzschnell von einer nahegelegenen Autobahnbrücke bis auf zwei Meter Höhe über dem Wasserspiegel ab. Noch bevor die Polizei oder der Werkschutz einschreiten konnten. Über dem so gebildeten "lebenden Vorhang" verkündete ein überdimensionales Transparent: "Stoppt die Brunnenvergifter - Wasser ist Leben!".

Mittlerweile waren die Schiffe von Greenpeace sowie die Wasserschutzpolizei eingetroffen. Der "lebende Vorhang" tat seine Dienste. Die Fahrwinne, in der einer der fünf BAYER-Einleiter liegt, wurde vom Schiffsverkehr freigehalten. Etwa 50 Rheinschiffe wurden umgeleitet.

Unterhalb des Vorhanges, bei Rhein-Kilometer 703, nahm Greenpeace Proben direkt aus dem Abwasser-Einleiter des BAYER-Werkes Leverkusen. Eine Schnell-Analyse ergab, daß chlorierte Kohlenwasserstoffe in überhöhter Menge - mehr als beim Störfall am 12. Oktober 1986 (über 10 Tonnen CHLORBENZOL gingen damals in den Rhein) - eingeleitet werden. Auch wurden 20 mg AMMONIUM pro Liter festgestellt. Ein Indiz dafür, daß die Kläranlage schlecht arbeitet. Der Stoff ist sehr fischgiftig und liegt weit über "normalen" Werten. Hinzu kommen stündlich 20 - 30 Tonnen Salz und große Mengen Schwermetalle.

Der Chemiker an Bord, Dr. Michael

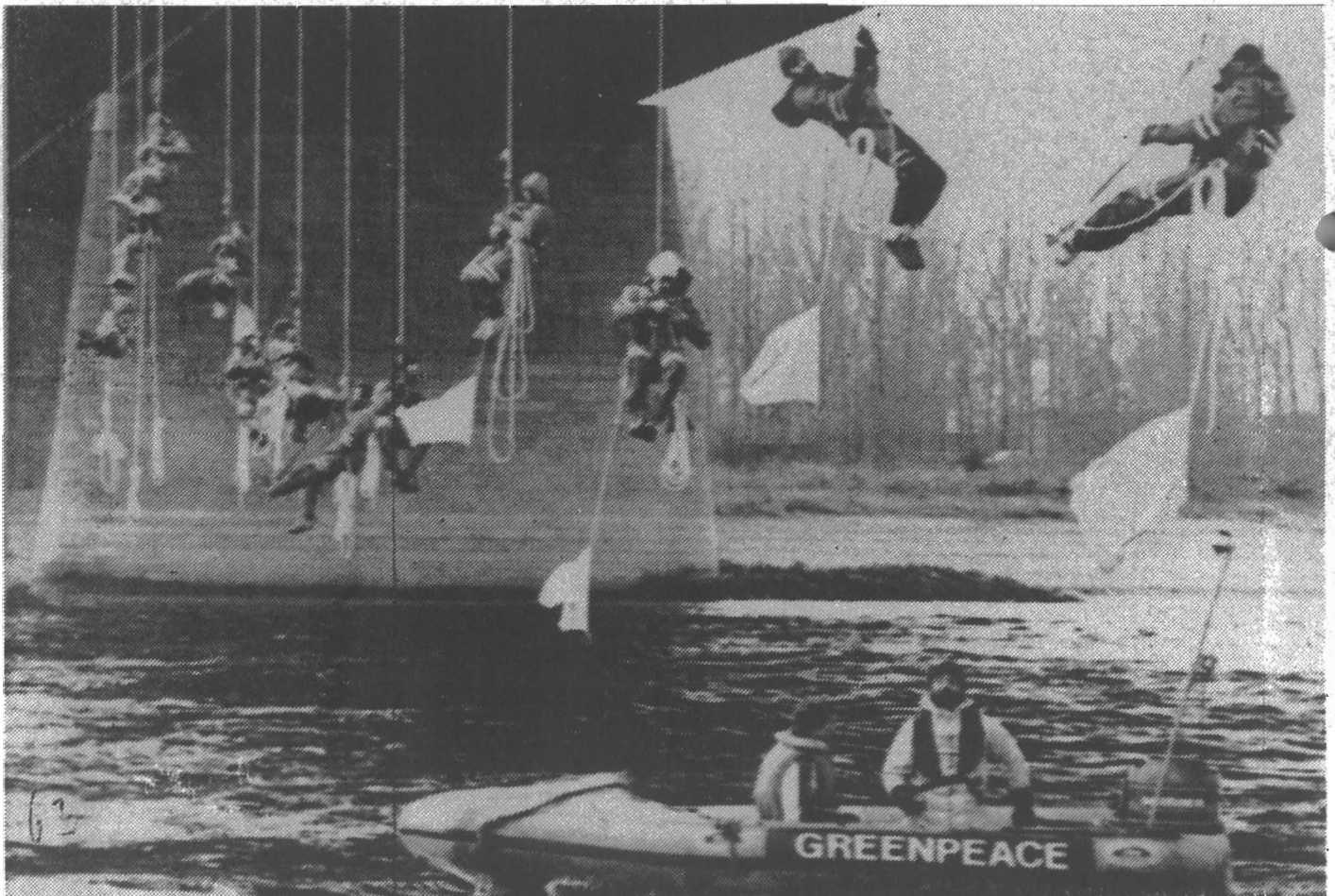
Braungart, zu der Abwasserprobe: "So forscht BAYER für den Umweltschutz"

Die Reaktionen des BAYER-Konzerns kamen prompt und stereotyp wie immer. BAYER-Sprecher Mathias Willig: "Wir haben zur gleichen Zeit gemessen. Die Werte liegen weit unter denen, für die wir die Genehmigung haben". Alle Emissionen würden nach wissenschaftlichen Erkenntnissen weder eine Gefährdung für das Trinkwasser noch für das Öko-System bedeuten. Im übrigen wären die Messungen durch Greenpeace nicht korrekt erfolgt. So lägen die Werte für AMMONIUM in Wirklichkeit "wesentlich höher als die von Greenpeace genannten 25 mg" (!). Die Behauptung, BAYER leite stündlich 20 - 30 Tonnen Salz ein, sei "absoluter Nonsens".

Ungeachtet der BAYER-Reaktionen fordert Greenpeace eine Offenlegungspflicht über das, was BAYER in die Gewässer einleitet. Die legale Vergiftung des Rheins und anderer Ströme muß beendet werden. △

Neue Pestizid-Fabrik in Australien verhindert

An der südöstlichen Küste Australiens liegt eines der letzten Wattenmeere dieser Welt. Zugleich befindet sich dort auch der Ursprung der weißen Besiedlung Australiens, der Platz, an dem Kapitän Cook im Jahre 1770 landete. Gemeint ist die Kurnell-Halbinsel, die die Botany Bay vom Pazifischen Ozean abtrennt, die entsprechend ihrer Bedeutung heute weitgehend Naturschutz-



Greenpeace-Aktion bei BAYER/Leverkusen

gebiet und zugleich vielbesuchter Geburtsplatz Australiens ist.

Das alles hinderte freilich den BAYER-Konzern nicht, den Bau eines Pestizid-Werkes auf der Kurnell-Halbinsel zu planen. Als im November 1985 einige aufmerksame Bürger bemerkten, wie auf der Kurnell-Halbinsel Land vermessen wurde, begannen sie nachzuforschen. Als bald kamen sie der BAYER-Plänen auf die Schliche und riefen das "Kurnell-Action-Comittee" ins Leben. Sie protestierten gegen die Gefährdung der Umwelt und des Naturgebietes auf der Kurnell-Halbinsel. Sie wandten sich auch an die BAYER-Coordination mit der Bitte um Unterstützung.

Im Verlauf des Jahres 1986 wuchs der Protest gegen die BAYER-Pläne an. Zahlreiche nationale und internationale Umweltschutz-Verbände erhoben ihre Stimme, darunter der Australische Naturschutz-Verband, die Freunde der Erde, Greenpeace, der Verband der Nationalparks, die BAYER-Coordination u.a.. Die Umweltschutz-Organisationen sammelten in Australien Zehntausende von Unterschriften und entwickelten in öffentlichen Veranstaltungen massiven Druck gegen das BAYER-Vorhaben. Sie wollten nicht zulassen, daß dieser einzigartige Lebensraum für zahlreiche bedrohte und seltene Arten mit historischer Bedeutung für die Existenz Australiens so einfach den BAYER-Interessen geopfert wird. Abgesehen von den mit der BAYER-Anlage verbundenen Gefahren für die ortsansässige Bevölkerung.

Aufgrund des heftigen Widerstandes sah sich Anfang 1987 das Australische Ministerium für Planung und Umwelt gezwungen, die Unterstützung für das BAYER-Pestizid-Werk aufzugeben. "Eine Einrichtung der Anlage auf Botany Bay ist ausgeschlossen", sagte Minister Bob Carr.

Um eine öffentliche Schlappe zu vermeiden, zog BAYER seine Pläne selbst zurück. Der Konzern-Sprecher Winfried Leuhr zeigte sich von der "öffentlichen Reaktion auf das BAYER-Vorhaben" beeindruckt und kündigte Alternativen zu dem Pestizid-Werk an. Δ

Bhopal-Aktionen

Am 03. Dezember 1984 wurden in Indien durch eine Chemie-Katastrophe Hunderttausende dauerhaft geschädigt und weit über 10.000 Menschen getötet. Die BAYER-Coordination führte aus diesem Anlaß zum zweiten Mal eine bundesweite Mahnaktion durch. Sie erhielt durch die SANDOZ-Katastrophe im November 1986 besondere Aktualität.

Am Morgen des 03. Dezember 1986 wurden vor allen bundesdeutschen BAYER-Werken Flugzettel zur Information der Belegschaft verteilt. Auf einer Pressekonferenz zusammen mit dem Pestizid-Aktions-Netzwerk/PAN erläuterten die Chemiker Dieter Gremler (BAYER-Coordination), Armin Radlitz (PAN) und Axel Köhler-Schnura (BAYER-Coordination), weshalb die Bhopal-Tragödie nach wie vor für die Bundesrepublik Aktualität besitzt:

Das Bhopal-Gift PHOSGEN lagert in großem Mengen in den BAYER-Werken Leverkusen, Dormagen, Krefeld/Uerdingen und



Brunsbüttel. Zwischen den Werken Leverkusen und Wuppertal wird BAYER-PHOSGEN auf vielbefahrenen Autobahnen per LKW transportiert.

Auch die Gifte, die beim Brand der SANDOZ-Halle freigesetzt wurden, werden alle bei BAYER produziert. Ebenso alle anderen 142 in der Liste der Störfallverordnung der Bundesrepublik genannten Stoffe.

Die Forderungen der BAYER-Coordination anläßlich des zweiten Jahrestages der Bhopal-Katastrophe lauten:

1. Umfassende Aufklärung der Belegschaften und der Öffentlichkeit über Art und Umfang der Risiken chemischer Produktion.
2. Gewährleistung sicherer Produktion bzw. gefahrloser Alternativ-Produktion bei Erhalt aller Arbeitsplätze.
3. Auslagerung chemischer Produktion und Lagerstätten gefährlicher Stoffe aus Wohngebieten.
4. Schluß mit doppelten Standards in allen Ländern dieser Erde. Δ

Staatsanwalt ermittelt in Krefeld

Am 25. November 1986 gelangten bei BAYER in Krefeld/Uerdingen nach Konzern-Angaben ca. 100 kg, nach Berechnungen der BAYER-Coordination mindestens 500 kg, des sehr fischgiftigen Stoffes CHLORMETAKRESOL in den Rhein. Dieser Störfall wurde nur durch Zufall bekannt, da Mitarbeiter des Staatlichen Amtes für Wasser- und Abfall-

Wirtschaft an diesem Tag unangemeldet Proben auf dem Rhein nahmen.

Die Staatsanwaltschaft Krefeld leitete noch am selben Tag ein Strafverfahren gegen BAYER ein. Der NRW-Umweltminister Matthies war derart über das arrogante Verhalten von BAYER erzürnt, daß er selbst dieses Verfahren veranlaßte. Nach dem zweiten Störfall innerhalb weniger Tage habe er nun endgültig kein Verständnis mehr dafür, "daß Vorstandsmitglieder von Chemieunternehmen stolz ihre Bilanz präsentieren, sich aber nicht deutlich genug um die Sicherheit kümmern." Er forderte die Bestrafung von BAYER. Rechtsgrundlage sei vor allem der § 324 des Strafgesetzbuches, der für gemeingefährliche Wasservergiftungen Freiheitsstrafen von bis zu 10 Jahren vorsieht.

Allerdings ergeben sich für den Staatsanwalt erhebliche Probleme. "Eine Firma kann nicht Beschuldigte sein ... da müssen wir einem Einzelnen habhaft", beschreibt Oberstaatsanwalt Karl-Heinz Wäschler das Dilemma. "Umweltverfahren sind zählebig. Wir müssen auch noch ermitteln, mit welcher Konzentration der Stoff in den Rhein gelangt ist, ob wirklich die für den Gewässerschutz festgelegten Grenzen überschritten hat. Da müssen andere Behörden eingeschaltet werden, die Wasserschutzpolizei, Umweltschutz-Behörden, da müssen Gutachten eingeholt werden, und wir wollen ja auch alles hieb- und stichfest machen."

Daß es in der Regel längert dauert und für den Verursacher meist glimpflich abgeht, ist auch statistisch belegbar: Von ca. 25.000 Umweltdelikten, die zwischen 1981 und 1983 auftraten, wurden lediglich in 67 Fällen Freiheitsstrafen verhängt, von denen wie-

derum 48 zur Bewährung ausgesetzt wurden. Von den Verurteilten gehörte niemand dem mittleren und gehobenen Management an.

Dennoch fühlt sich BAYER von den Ermittlungen der Staatsanwaltschaft gestört. Der Leiter des Krefelder Werkes, Dr. Friedrich Haas, empört sich lauthals darüber, daß BAYER-Beschäftigte von der Polizei verhört werden. △

Kinder-Demonstration in Leverkusen

"Der Rhein gehört uns allen. Fische sollen wieder im Rhein schwimmen können, und Pflanzen sollen auch drin sein. Und vor allen Dingen soll der Rhein wieder sauber sein. Jetzt ist ganz viel Gift und Müll im Rhein. Wir wollen nicht vergiftet werden. Deshalb soll ab sofort kein Müll mehr in den Rhein gekippt werden."

Diesen Brief der 9-jährigen Tania aus Leverkusen wollten am 12. Dezember 1986 rund 50 Kinder den Verantwortlichen bei BAYER in Leverkusen übergeben. Sie konnten es nicht, denn bereits beim Nahen der mit Trillerpfeifen, Rasseln und anderen Lärm-instrumenten ausgestatteten Kinder-Delegation verrammelte der BAYER-Werkschutz die Tore der Konzernzentrale. Von den BAYER-Verantwortlichen hatte niemand den Mut, den Kindern gegenüberzutreten. So blieb den enttäuschten Kindern nichts anderes übrig, als vor der Türe ein Heiden-Spektakel zu veranstalten und den Brief der Presse zu übergeben. △

Proteste in Krefeld

Am 25. November 1986 kam es in Krefeld zu einem Störfall. Lt. BAYER gelangten 50 bis 100 kg CHLORMETAKRESOL in den Rhein. Die Stadtverwaltung griff BAYER damals heftig an, weil sie und andere Behörden überhaupt nicht bzw. zu spät informiert worden waren. NRW-Umweltminister Mattiesen schaltete die Staatsanwaltschaft ein.



Demonstration in Krefeld

Auch in der Krefelder Öffentlichkeit schlug der Störfall aufgrund der Sensibilisierung durch die SANDOZ-Katastrophe Wellen. Es kam zu einer spontanen Demonstration mit einem Go-in im Krefelder Rathaus. Es konnte durchgesetzt werden, daß der Umweltausschuß der Stadt den BAYER-Störfall auf die Tagesordnung setzen mußte (vgl. Berichterstattung in "Stichwort: BAYER" 5-6/1986). Δ

Belegschaft Arbeitsplätze

Europäische Gewerkschaften für Umweltschutz

Am 08. Januar 1987 hatten sich die in der Internationalen Vereinigung der Chemie-, Energie- und Fabrikarbeiter-Gewerkschaften/ICEF organisierten Chemie-Gewerkschaften der Rheinanaliege-Staaten in Basel getroffen. Sie entwickelten gemeinsame Forderungen in Auswertung der SANDOZ-Katastrophe und anderer Störfälle im vergangenen Jahr. Ende Januar wurden diese Forderungen in Brüssel beim Europäischen Parlament vorgebracht. Unter anderem geht es den Chemie-Gewerkschaften um:

- Bildung von Umwelt-Ausschüssen in den chemischen Betrieben unter Mitwirkung der Arbeitnehmervertretungen.
- Schaffung von Informations-, Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechten bei Umweltschutzmaßnahmen für Gewerkschafts- und Betriebsvertretungen.
- Einführung und Stärkung der Position des betrieblich Beauftragten für Störfälle, für Abfall, Abwässer und Immissionsschutz.
- Bessere Ausbildung und Informationsrechte der Beschäftigten.
- Arbeitsverweigerungs- und Beschwerde-recht bei offensichtlichen Verstößen gegen Umweltschutz- und Arbeitssicherungsauf-lagen für Beschäftigte.
- Strengere Produktionsauflagen sowie die Überprüfung der betrieblichen Alarm- und Gefahrenpläne.
- Verschärfte Strafbedingungen gegen die für die Produktion Verantwortlichen.
- Geschlossene Kreisläufe, alternative Pro-duktionsmethoden und umwelt- und men-schenfreundliche Produkte.

Das allein mache, so Peter Kripzak, Vor-sitzender des europäischen Industrieaus-schusses Chemie der ICEF-Gewerkschaften, die Arbeitsplätze in der Chemischen In-dustrie sicherer. Δ

Streiks in Antwerpen

Mit dem Verweis auf ein Sanierungspro-gramm der Regierung werden den Beschäf-tigten der Chemischen Industrie in Belgien seit Jahren Lohnerhöhungen verweigert. Dies führte im Dezember 1986 und im Januar 1987 zu Streikaktionen in verschiedenen Chemie-Betrieben. Auch bei BAYER/Antwerpen wurde mehrfach die Arbeit niedergelegt.

Belegschaftsvertreter für Aufsichtsrat gewählt

Mit dem erwarteten großen Erfolg für die IG Chemie endete am 21. Januar 1987 die Wahl der 10 Arbeitnehmer-Vertreter für den Aufsichtsrat des BAYER-Konzerns. Von den 730 Wahlmännern erhielten die Gewerk-schafts-Kandidaten noch mehr Stimmen als bei der letzten Wahl vor fünf Jahren. BAYER bleibt damit das einzige Chemie-Unterneh-men in der Bundesrepublik, in dessen Auf-sichtsrat ausschließlich Mitglieder einer DGB-Gewerkschaft als Arbeitnehmer-Vertreter sitzen. Mit Ausnahme der leitenden Ange-stellten selbstverständlich. Die 730 Wahl-männer der fünf BRD-BAYER-Werke aus Leverkusen, Dormagen, Elberfeld, Uerdingen und Brunsbüttel sowie weiterer 52 Vertriebs-büros und inländischer Beteiligungs-Gesell-schaften vertraten insgesamt 88.628 BAYER-Beschäftigte. Die Arbeiter stellten 368 Wahlmänner mit 755 Stimmen, die nicht-leitenden Angestellten 355 Wahlmänner mit 658 Stimmen. Die leitenden Angestellten wurden von 27 Wahlmännern mit 66 Stimmen repräsentiert. Die Zahl der Stimmen pro Wahlmann ist von der Größe des jeweiligen Betriebes, der vertreten wird, abhängig.

Die mit Abstand stärkste Gruppe der Wahlmänner wurde mit 624 Delegierten bzw. 1.186 Stimmen von der IG Chemie und an-deren DGB-Gewerkschaften gebildet. Die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (DAG) war mit 39 Wahlmännern bzw. 111 Stimmen vertreten. 9 Wahlmänner kamen mit 36 Stimmen von der Christlichen Gewerkschaft Bergbau-Chemie-Energie (CGBCE). Die Grup-pe der unabhängigen Angestellten war mit 31 Wahlmännern bzw. 80 Stimmen an-wesend.

Bei den gewerblichen Arbeitnehmern erhielt die IG Chemie 676 Stimmen, auf die CGBCE entfielen 60 Stimmen. Bei den nicht-leitenden Angestellten erhielt die IG Chemie 527 Stimmen, die DAG 110 Stimmen, die Wählergemeinschaft der Kaufmännischen und Technischen Angestellten 83 Stimmen.

In den Aufsichtsrat wurden gewählt:

- Adolf Busbach, stellvertretender Betriebs-ratsvorsitzender BAYER/Leverkusen, Ar-beiter;
- Hans Unger, Betriebsrats-Vorsitzender BAYER/Dormagen, Arbeiter;
- Peter Klug, Betriebsrats-Vorsitzender AGFA, Arbeiter;
- Hans Hoffmann, Gesamt-Betriebsrats-Vor-sitzender METZELER, Arbeiter;
- Peter Laux, Betriebsrats-Vorsitzender BAYER/Leverkusen, Angestellter;
- Hans Drathen, Betriebsrats-Vorsitzender BAYER/Uerdingen, Angestellter;
- Hermann Rappe, MdB und Vorsitzender der IG Chemie, Gewerkschafts-Vertreter;
- Peter Purwien, Bezirksleiter der IG Chemie NRW, Gewerkschafts-Vertreter;
- Dr. Heinz Gester, Justiziar des DGB-Bundes-vorstandes, Gewerkschafts-Vertreter.

Es bleibt abzuwarten, ob die neue "Arbeit-nehmerbank" im BAYER-Aufsichtsrat die Interessen der Belegschaften zukünftig konsequenter vertritt als bisher. Auf jeden Fall forderten sie unmittelbar nach ihrer Wahl, daß ein Umwelt-Ausschuß beim Kon-zern eingerichtet wird. "Das ökologische Problem muß näher an den Aufsichtsrat herangebracht werden," meinte Peter Laux. Δ

99

Betr.: BAYER-Hauptversammlung
im Juni 1987 in Köln

**Banken sorgen
für den
Umweltschutz**

**und
die Erde ist
eine Scheibe.**

*Umweltschutz und sichere
Arbeitsplätze, das ist den Banken
doch egal. Übertragen Sie deshalb
uns, den kritischen BAYER-
Aktionären, die Stimmrechte
Ihrer BAYER-Aktien.*

*Sprechen Sie mit Ihrer Bank und
senden Sie Ihre Vollmacht an
unsere Treuhänder:*

Axel Köhler-Schnura
Dipl.-Kfm.
Hofstr. 27a
D-5650 Solingen 11
Tel. 0212 / 334954

*Oder noch besser:
Kommen Sie persönlich im Juni
nach Köln zur Hauptversammlung.
Gemeinsam erreichen wir mehr.*

*Weitere Informationen können Sie
gerne bei uns abfordern.*

99

Betriebsratsvorsitzender auf dem Holzweg

Die Betriebsversammlung bei BAYER/Leverkusen im Dezember 1986 befaßte sich mit den Störfällen in der Chemischen Industrie und bei BAYER. "Die BAYER AG setzt Sicherheitsvorkehrungen sehr hoch an. Das bedeutet nicht, daß wir unfehlbar sind. Betriebsstörungen sind auch bei uns nicht vermeidbar, aber Baseler Auswirkungen sind nicht möglich", meinte der Betriebsratsvorsitzende Paul Laux. Jeder einzelne Mitarbeiter trüge Verantwortung für Sicherheit und Umweltschutz im Betrieb.

Mit diesen Äußerungen versuchte der Betriebsratsvorsitzende die Belegschaft auf einen von der Konzernleitung vorgezeichneten Weg zu bringen. Auch für den Vorstandsvorsitzenden H.J. Strenger sowie das gesamte BAYER-Management ist klar, daß die Verantwortung für Sicherheit und Umweltschutz bei den Kolleginnen und Kollegen liegt. Ausgeklammert bleibt die Verantwortung der Konzernleitung. Angesichts der konsequenten Weigerung von BAYER, Angaben über Menge und Art der Einleitungen zu veröffentlichen, die Sicherheitsvorkehrungen dem technisch Möglichen anzupassen und die Herstellung besonders gefährlicher Produkte einzustellen, eine nur allzu fadenscheinige Verschleiерungs-Strategie.

"Zu guter Letzt müßten noch die Kolleginnen und Kollegen für das sogenannte Restrisiko geradestehen", meinte die grüne Betriebsrätin Marianne Hürten kritisch zu dieser Art von Sicherheits-Diskussion. △

Kopf-Prämie für MCKINSEY

Seit Januar 1987 arbeitet im BAYER-Werk Leverkusen eine Gruppe von Rationalisierungsfachleuten der berühmigten Jobkiller-Firma MCKINSEY. Frühere Einsätze dieses Unternehmens bei AGFA und BAYER haben schon etliche Kolleginnen und Kollegen zu spüren bekommen. Sie wurden umgesetzt oder auf andere Art um ihren Arbeitsplatz gebracht.

Bekannt ist auch, daß die Mitarbeiter von MCKINSEY nach Erfolg bezahlt werden. Sie erhalten sozusagen Kopf-Prämien. △

Zu wenig Ausbildungsplätze

Im Jahr 1986 hat BAYER 1.609 neue Auszubildende eingestellt. Der Konzern spricht publikums- und öffentlichkeitswirksam von einem "Ausbildungsplatz-Rekord". Er verschweigt allerdings dabei, daß er nach wie vor die Forderungen verschiedener Jugendorganisationen nicht erfüllt.

1986 waren in den fünf BAYER-Werken in der Bundesrepublik 4.700 Lehrlinge beschäftigt. Damit erreichte bei ca. 64.000 Beschäftigten die Quote 7,3 %.

Angesichts der katastrophalen Arbeitsmarkt- und Ausbildungssituation für Jugendliche fordern Jugendverbände, Gewerk-

schaften, Arbeitslosen-Initiativen und auch die BAYER-Coordination schon seit Jahren eine gesetzliche Verpflichtung zur Ausbildung und eine Quote von mindestens 10 %. Demnach müßte BAYER mind. 1.700 Lehrlinge mehr beschäftigen.

Kommt hinzu, daß der Konzern - wie so oft - der Öffentlichkeit die Zahlen für den Gesamt-Konzern verschweigt. Die veröffentlichten Angaben beziehen sich lediglich auf einen Teil des Konzerns. Neben den fünf BAYER-Werken gehören in der Bundesrepublik noch mindestens 12 andere Werke zum Konzern. △

Betriebsräte fordern Umweltschutz

Der Hauptvorstand der IG CHEMIE hatte die Betriebsratsvorsitzenden und die für Fragen des Arbeits- und des Umweltschutzes zuständigen Betriebsräte der entlang dem Rhein gelegenen großen Chemie-Betriebe im Dezember 1986 zu einer Fachtagung eingeladen. Nach der Störfallserie im November sollte die Sicherheit der Anlagen diskutiert werden.

Die anwesenden Betriebsräte beklagten u.a. die mangelhafte Information durch die Unternehmensleitung. Oft erfahren sie von aufgetretenen Störfällen erst aus der Tagespresse.

Für dringend erforderlich wurden folgende Sofortmaßnahmen gehalten:

- Verbesserter Kündigungsschutz des betrieblich Beauftragten für Störfälle, Abfall, Abwasser und Immissionsschutz;
- Mitbestimmung des Betriebsrates bei Bestellung und Abberufung dieser Beauftragten sowie bei der Festlegung der Aufgaben;
- Bildung von betrieblichen Umweltschutzausschüssen unter Mitwirkung des Betriebsrates;
- Vollständige Offenlegung aller umwelt- und sicherheitsrelevanten Daten gegenüber dem Betriebsrat;
- Verstärkte Kontrolle durch Gewerbeaufsicht und andere Überwachungsbehörden;
- Verschärfte Strafbedingungen bei Umweltdelikten gegen die für die Produktion Verantwortlichen;
- Verschärfung der Umweltbestimmungen auf Bundesebene. △

Die beiden Schiffe trieben stundenlang in Richtung Düsseldorf, bis es der BAYER-Werkfeuerwehr in Kooperation mit der Kölner Berufsfeuerwehr und der Wasserschutzpolizei gelang, sie wieder unter Kontrolle zu bekommen.

Eine Gefahr für Mensch und Tier bestand natürlich zu keiner Zeit. △

Neuer CHLORKRESOL-Unfall in Krefeld

Am 07. Februar 1987 beschwerten sich die Bürger in Mündelheim und Duisburg über Essig/Apotheken-Gestank. Ursache war das BAYER-Werk auf der anderen Rheinseite in Krefeld/Uerdingen. Wieder einmal entwichen CHLORKRESOLE und trieben in einer Wolke kilometerweit nach Osten. Der Unfall wurde erst durch Anrufe von Bürgern entdeckt. Nach Angaben von BAYER bestand wie immer für Mitarbeiter und Nachbarschaft Gefahr zu keiner Zeit.

Defekter Kesselwagen in Krefeld

Feuerwehren der Stadt, der Bundesbahn und von BAYER waren am frühen Morgen des 31. Januar 1987 im Einsatz. Kurz nach 4.00 Uhr gab es auf dem Güterbahnhof Oppum/Krefeld Gift-Alarm. Auf Gleis 13 wurde das Austreten "einer unbekannten Menge giftiger Chemikalien" aus einem Kesselwagen der BAYER-AG gemeldet. Es handelte sich um TOLUIDINE, ein Gift, das u.a. durch die Haut in den Körper gelangen kann und sich mit den roten Blutkörperchen verbindet.

Besonders spektakulär war die Tatsache, daß der BAYER-Waggon lt. Frachtbrief eigentlich unbeladen war. △

Mangelnde Verkehrssicherheit im Werksverkehr

Auf dem 3,5 qkm-großen Areal des Leverkusener BAYER-Werkes geht es mitunter zu wie zur Rush-Hour in einer Großstadt. Nicht weniger als 750 PKW, 300 LKW, 800 motorisierte Stapler, 7.000 Fahrräder und 750 Transporträder rollen dort. Hinzu kommen 1.000 LKW von Fremdfirmen sowie etwa 600 Lastwagen zur Deponie oder Kläranlage Leverkusen-Bürrig.

Für die Verkehrssicherheit auf dem Gelände sind unter Leitung des Werkschutz-Chefs Josef Wolff 10 Mitarbeiter zuständig. Trotz strenger Verkehrsregeln (25 km/h Höchstgeschwindigkeit) und neuesten Überwachungstechniken (Radar-Pistole, Video-Kontrolle) gab es 1985 offiziell 268 Verkehrsunfälle, davon einer tödlich. Auch 1986 gab es wiederum einen Verkehrstoten.

Bei einer derartig hohen Verkehrssicherheit ist es durchaus möglich, daß giftige Ladungen - z.B. auch PHOSGEN - in einen Unfall verwickelt werden. Da der Konzern ausschließlich Unfälle mit tödlichem Ausgang der Polizei melden muß, weiß derzeit niemand außer BAYER selbst, ob und wie oft derartige bereits eingetreten ist. △

Unfälle

BAYER-Schiffe rissen sich in Dormagen los

Am 03. Januar 1987 wurden gegen 16.30 Uhr zwei Frachtschiffe vom BAYER-Quai losgerissen und gerieten unkontrolliert in die Strömung. Sie hatten 2.000 Tonnen Salz und ebenso viel Titanschlacke geladen.

BAYER forscht für den Umsatzschutz



Kein Giftmüllzentrum in Brunsbüttel

Der Bundesrepublik reicht der Müll bis zum Hals. Riesigen Giftmüllbergen stehen nur wenige »Beseitigungsanlagen« gegenüber. Und da die industriellen Müllproduzenten — allen voran die BAYER AG selbst — kein Interesse daran haben, Abfälle zu vermeiden, bauen sie neue Giftmüllzentren auf: Mit Unterstützung und im Auftrag der Landesregierung Schleswig-Holstein hat die BAYER AG in Brunsbüttel jetzt eine Universalerlaubnis zur Verbrennung von Giftmüll offiziell beantragt. Die Anlage (Gasphasenoxidanlage genannt) ist insbesondere für solche Stoffe vorgesehen, die von anderen Sondermüllbeseitigungsanlagen nicht mehr angenommen werden. Die Erteilung einer Genehmigung wird daher rasch große Giftmüllströme nach Brunsbüttel lenken.

Anstatt Abfälle zu vermeiden, steigt die BAYER AG in das lukrative Müllgeschäft ein und setzt skrupellos den Weg der harten Chemie fort: Herstellung gefährlicher Produkte und deren Anwendung ohne Rücksicht auf Umwelt- und Gesundheitsschäden, Beseitigung der entsprechenden »Reste« mit Hilfe risikoreicher Technologien — wiederum in bewußter Gefährdung von Menschen und Lebensräumen. Häufig genug haben bei den Müllverbrennungsanlagen der BAYER-Leverkusen schon Explosionen stattgefunden.

So geht es nicht weiter!

Massiver Protest der Betroffenen inner- und außerhalb der BAYER AG, Proteste des Betriebsrates und eindeutige Stellungnahmen von Gemeinderat sowie Kreistag können das Vorhaben stoppen.

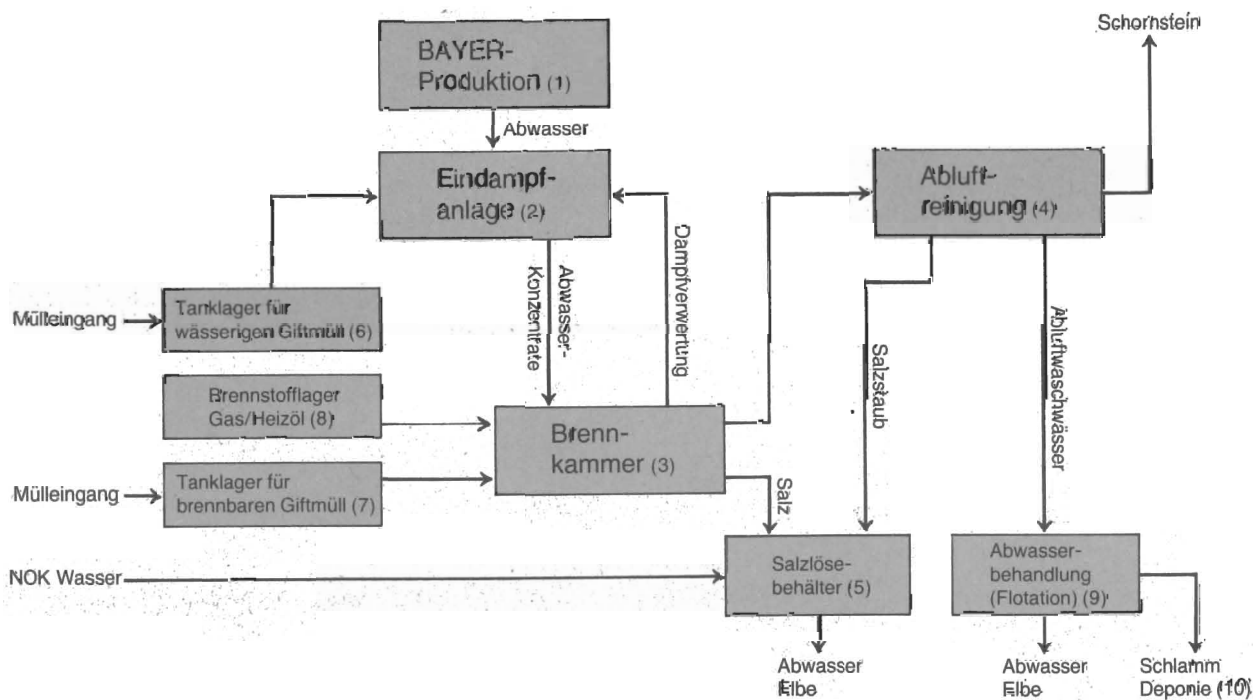
1. Die geplante Giftmüllverbrennungsanlage

Die BAYER AG Brunsbüttel betreibt seit 1980 eine Abwasserverbrennungsanlage für das eigene Werk (1). In dieser Anlage werden die Abwässer zunächst über mehrere Stufen eingedampft (2), d.h. durch Verdampfen von Wasser konzentriert. Das Abwasserkonzentrat wird dann in eine Brennkammer geführt und dort in eine Gas- oder Ölflamme eingespritzt (3). Die entstehenden Verbrennungsgase gelangen über mehrere Reinigungsstufen (u.a. eine Naßwäsche) in den Kamin (4). Die Verbrennungsrückstände, überwiegend Salze, werden aus der Brennkammer und der Abluftreinigung abgezogen, in Wasser aufgelöst und in die Elbe abgeleitet (5).

Ab Mai 1987 will nun die BAYER AG die vorhandenen Anlagen zusätzlich zur Verbrennung von Giftmüll aus Schleswig-Holstein, Hamburg, Nordrhein-Westfalen und Hessen nutzen. Abgesehen von wässrigen Abfällen (z.B. Spritzbrühen von Schädlingsbekämpfungsmitteln) (6) will

die BAYER AG vornehmlich chlorierte Kohlenwasserstoffe (z.B. Lösungsmittel und Kaltreiniger), mit chlorierten Kohlenwasserstoffen verunreinigte Öle oder PCBs in der Anlage verbrennen (7). Soweit es sich um Öle und andere brennbare Flüssigkeiten handelt, sollen diese Abfälle einen Teil der Brennstoffe Heizöl/Heizgas ersetzen (8). Insgesamt beabsichtigt die BAYER AG, bis zu 24.000 t Öle und Lösemittel sowie bis zu 35.000 t wässrigen Giftmüll pro Jahr zu verbrennen^[2].

Aufgrund der Vielzahl an gefährlichen Substanzen, die durch den Brenner geschickt werden sollen, müssen die Abwässer aus der Abgasreinigung (4) noch speziell gereinigt werden (Flotationsanlage) (9). Dem schadstoffbelasteten Wasser (u.a. diverse Schwermetalle) werden Flockungsmittel zugegeben, die die Gifte an sich binden. Der entstehende Schlamm soll auf BAYER-eigenen Sondermülldeponien abgelagert werden (10).



2. Gute Geschäfte

Die BAYER AG wird nicht müde, in der Presse zu betonen, sie habe auf Bitten der schleswig-holsteinischen Landesregierung hin die eigenen Anlagen zur Müllverbrennung umgebaut^[1]. Die Landesregierung rühmt sich ihrer engen Zusammenarbeit mit der heimischen Industrie. Sie hat sich nachweislich mit mindestens 50.000,- DM^[2], evtl. aber wesentlich mehr Geld, an der Umrüstung der Anlage beteiligt. Und dennoch, allen gegenteiligen Informationen zum Trotz: Aus der BAYER AG ist über Nacht kein gemeinnütziger Verein geworden: Die in Brunsbüttel installierte und erprobte Anlagenkonzeption ist ein zukünftiger Verkaufsschlager für die BAYER (»BAYER forscht für den Umweltschutz«).

Darüber hinaus wirft aber auch die Verbrennung des Giftmülls selber nicht zu verachtende Profite ab. Die Umrüstung der Anlage auf die Verbrennung von chlorierten Kohlenwasserstoffen und PCB-verseuchten Ölen hat die BAYER AG etwa 1 Mio. DM gekostet (mündliche Auskunft von BAYER-Werksleiter Kleine-Weischede am 17.12.86).

Höhere Betriebskosten der Anlage dürften gegebenenfalls durch die Einsparung von Heizöl ausgeglichen werden. Die Verbrennungsrückstände (Salze und Schlamm aus der Abwasserreinigung) verursachen keine Deponiekosten, weil das Salz in der Elbe beseitigt, der Schlamm in BAYER-eigenen Deponien gelagert wird. Demgegenüber steht bei voller Auslastung der Verbrennungskapazität eine Einnahme zwischen 12 und 72 Mio. DM pro Jahr^[3] allein für die »Beseitigung« von PCBs, verseuchten Ölen und anderen chlorierten Kohlenwasserstoffen. Dieses schon an sich profitable Geschäft bekommt seine besondere Note noch dadurch, daß die BAYER AG bis 1984 Hauptproduzent von PCBs in der Bundesrepublik war.

Ein geniales Gewinnmodell der Chemischen Industrie: Stelle chemische Produkte in großer Menge ohne Rücksicht auf Verluste her, verkaufe sie und Sorge dafür, daß rechtzeitig Anlagen entwickelt werden, mit denen bei Einstellung der Produktion gegen gutes Geld das produzierte Gift wieder beseitigt werden kann.

3. Unkontrollierbare Müllverschiebungen

Die BAYER AG hat eine Erlaubnis für die Beseitigung von 115 verschiedenen Abfallarten beantragt. Dieser sogenannte Positivkatalog umfaßt alles an giftigen Abfällen, was die Chemische Industrie derzeit zu bieten hat. Weder die Behandlung dioxinhaltiger Abfälle noch die Annahme und Lagerung hochgiftiger Schädlingsbekämpfungsmittel sind definitiv ausgeschlossen. Ist ein derartiger Abfallkatalog erst einmal genehmigt, hört eine wirksame öffentliche Kontrolle weitgehend auf. Die Überwachungsbehörden der Länder kontrollieren nur, ob der Abfall, den Fa. A erzeugt, ordnungsgemäß von Fa. B zu Beseitiger C transportiert wird und ob Fa. B und C zum Umgang mit dem entsprechenden Abfall berechtigt sind. Welche Zusammensetzung aber ein formal korrekt angemeldeter Abfall tatsächlich hat, wissen, wenn überhaupt, nur Abfallerzeuger und Abfallbeseitiger, nicht aber die Überwachungsbehörden. Allerdings haben in vielen Fällen auch Abfallbeseitiger und -erzeuger keine umfassende Kenntnis über die Zusammensetzung der jeweiligen Abfälle. Wenn die BAYER AG in ihren Presseverlautbarungen von vollständigen Analyse-Testaten bei jedem Abfall und sorgfältigen Eingangskontrollen spricht, ist das schlicht gelogen: Kein Analytiker der Welt wäre in der Lage, z.B. die Zusammensetzung eines gebrauchten Bohr-

Schneidöles aus der Metallbearbeitung zu ermitteln. Das aber meint die BAYER AG auch gar nicht wirklich: Sie ist nur insoweit an der Zusammensetzung des Abfalles interessiert, als sie irgendeine Bedeutung für den reibungslosen Anlagenbetrieb hat.

Besonders interessant für die BAYER ist das ganze Projekt insofern, als die in der Verbrennungsanlage neu entstehenden Abfälle (hauptsächlich Salze und Abwasserreinigungsschlamm) unkontrolliert entweder in der Elbe verschwinden oder auf BAYER-eigene Deponien am Rhein gebracht werden — selbstverständlich alles ordnungsgemäß deklariert und genehmigt. Genauso ist es natürlich umgekehrt möglich, Produktionsabfälle von anderen BAYER-Werken nach Brunsbüttel zu transportieren. Über ihren universellen Abfallkatalog wird die Brunsbütteler Anlage zum breiten Einfallstor für einen konzern eigenen Abfallverbund.

Und — welche Möglichkeiten bleiben dann der Landesregierung Schleswig-Holstein noch zur Überwachung und gegebenenfalls zu Auflagen für die BAYER? Hat sie doch selber das Projekt befürwortet und mitfinanziert. Von staatlicher Seite ist hier keinerlei Druck der BAYER AG gegenüber zu erwarten.

4. Hochbrisante Abfälle — unkalkulierbare Reaktionen

Obgleich sich die BAYER AG einen universellen Abfallkatalog zur Verbrennung genehmigen lassen will, sind nur wenige der vorgesehenen Abfallarten überhaupt getestet, geschweige denn einer Sicherheitsanalyse unterzogen worden, wie sie durch die Störfallverordnung gesetzlich vorgeschrieben ist. Weder das Verbrennungsverhalten dioxinhaltiger Abfälle, noch das Verhalten von Schädlingsbekämpfungsmitteln, die Chlor, Arsen, Quecksilber enthalten, ist ausreichend untersucht worden. Genausowenig ist überhaupt in Betracht gezogen worden, daß sich bei der gleichzeitigen Verbrennung von chlorierten Kohlenwasserstoffen und metallhaltigen Abfällen völlig unvorhergesehene Reaktionen abspielen können. Insbesondere wird sich dadurch die Art und Menge der in die Umwelt abgegebenen Schadstoffe verändern und nie kalkulierbar sein. Schon bei den Versuchsverbrennungen, die noch mit relativ übersichtlichen Abfallzusammensetzungen durchgeführt wurden, stellt der Gutachter Prof. Ballschmidter in der Abluft diverse nicht identifizierbare Substanzen fest. Ob diese Substanzen harmloser oder noch giftiger als die ebenfalls entstehenden Dioxine sind, ist völlig unbekannt.

Genausowenig wie die Abgabe giftiger Stoffe via Abluft kalkulierbar ist, kann die Zusammensetzung der in die Elbe eingeleiteten Salze noch der Schadstoffgehalt der Abwasserreinigungsschlämme für die ganze Palette der vorgesehenen Abfallarten vorausgesagt werden.

Derartige »Allesschlucker-Konzepte« im Giftmüllbereich sollten eigentlich der Vergangenheit angehören. In allen Lebensräumen und Lebewesen finden sich mittlerweile gerade diese blindlings produzierten und freigesetzten Substanzen — meist »zufällige« Entdeckungen, die uns noch weit bis ins Jahr 2000 begleiten werden. Die ganze Widersinnigkeit dieser »Abfallbeseitigungsmethode« wird auch besonders deutlich an der Bilanz der BAYER-Anlage: Aus rund 60.000 Jahrestonnen eingesetzter Giftmülls bzw. eingesetzter Abwasserkonzentrate entstehen durch die Verbrennung mehr als 30.000 t Reststoffe, die auf den schon beschriebenen Wegen verschwinden^[4].

Genauso wie die BAYER AG in ihrem Genehmigungsantrag nicht einen Satz, geschweige denn in ihrem Untersuchungsprogramm einen Pfennig daran »verschwendet«, was denn nun eigentlich aus dem Kamin wirklich an Substanzen in die Umgebung entlassen wird, genausowenig werden die Auswirkungen eines Brandes in der Anlage untersucht: Explosion und Brände werden von vornherein als unmöglich ausgeschlossen. Daher sind weder für die Beschäftigten noch für die Anwohner irgendwelche besonderen Schutzmaßnahmen vorgesehen. Eine unvorhergesehen reagierende Giftmüll-Ladung, ein Bedienungsfehler, eine technische Störung, Entweichen von Dioxinen oder Nervengasen — man wird sich entschuldigen, von menschlichem Versagen oder unvorhersehbaren Ereignissen sprechen. Das Restrisiko wird wieder einige Menschen ihre Gesundheit oder ihr Leben gekostet haben.

Quellen:

- [1] Brunsbütteler Zeitung 6. 11. 1986
- [2] Antrag der BAYER AG auf Planfeststellung vom 7. 4. 1986
- [3] Berechnung nach Kalkulation zukünftiger Kosten für Müllverbrennung (zwischen 500 DM/t und 3000 DM/t) in BÜDrs. 11/6765, Hamburg 1986
- [4] Antrag der BAYER AG auf Planfeststellung vom 7. 4. 1986

Unterzeichner:

DIE GRÜNEN Kreisverband Steinburg
Büro: Kapellenstr. 4, 2210 Itzehoe, Tel. 04821/2965
Arbeitskreis Umweltschutz Brunsbüttel
Elvira Naß, Tiedemannstr. 10, 2212 Brunsbüttel
BUND Kreisgruppe Steinburg
Hörn 1, 2211 Krempermoor, Tel. 04824/1688
Umweltschutzgruppe Physik/Geowissenschaften e. V.
Gaußstr. 15, 2000 Hamburg 50
Rettet die Elbe e. V., Nernstweg 22, 2000 Hamburg 50
DIE GRÜNEN Kreisverband Dithmarschen
Großenrader Moor 15, 2224 Großenrade
DIE GRÜNEN Landesverband Schleswig-Holstein
Feldstr. 77, 2300 Kiel

Abfallschlüssel	Abfallbezeichnung	Abfallschlüssel	Abfallbezeichnung
*(8) 55508	Anstrichmittel	*(3) 53104	Produktionsabfälle von Pflanzenbehandlungs- und Schädlingsbekämpfungsmitteln
*(8) 55509	Druckfarbenreste	54102	Altöl, sofern nicht unter das Altölgesetz fallend
55904	Harzöl	54106	Trafoöl, Wärmeträgeröle, frei von polychlorierten Biphenylen und polychlorierten Terphenylen
*(9) 57301	Kunststoffschlümme, lösemittelfrei	*(4) 54107	Altöle enthalten bis 10% Trafoöl, Wärmeträgeröle, polychlorierte Biphenyle und polychlorierte Terphenyle
*(9) 57303	Kunststoffdispersionen	54108	verunreinigte Heizöle, sofern nicht unter das Altölgesetz fallend
*(9) 57304	Kunststoffemulsion	*(5) 54109	Bohr-, Schneid- und Schleiföle
*(9) 57305	Kunststoffschlümme, lösemittelhaltig	*(5) 54401	synthetische Kühl- und Schmiermittel
59402	flüssige Tenside	*(5) 54402	Bohr- und Schleifölemulsionen und Emulsionsgemische
*(2) 59702	Destillationsrückstände, lösemittelhaltig (halogenhaltig)	*(2) 54903	phenolhaltiger Schlamm
59703	Destillationsrückstände, lösemittelhaltig (halogenfrei)	*(1) 55214	Kaltreiniger, halogenhaltig
59704	Destillationsrückstände, salzhaltig		
94601	Rohschlamm (Frischschlamm) aus Abwasserreinigung		
94602	Faulschlamm aus Abwasserreinigung		
*(6) 52714	Spül- und Waschwässer, cyanidhaltig		
52723	Entwicklerbäder		
*(3) 53103	Altbestände von Pflanzenbehandlungs- und Schädlingsbekämpfungsmitteln		

UNSER KONZEPT:

Giftmüllvermeidung statt Giftmüllverbrennung

1. Die Abwasserverbrennungsanlage der BAYER AG wird nicht als allgemeine Abfallbeseitigungsanlage zugelassen. Das Gewerbeaufsichtsamt Itzehoe ist aufgefordert, die entsprechenden Genehmigungsanträge der BAYER AG abzulehnen.

2. Die Landesregierung Schleswig-Holstein soll bis zum 31.12.87 der Öffentlichkeit ein Konzept zur »Ökologischen Abfallwirtschaft« vorstellen. Darin sind alle in Schleswig-Holstein erzeugten Reststoffe/ Abfälle auf ihre Vermeidbarkeit hin zu überprüfen.

Ein Abfall hat dann als vermeidbar zu gelten, wenn

- a) seine Entstehung durch umwelt- und gesundheitsverträglichere Arbeits- oder Werkstoffe verhindert werden kann,
- b) seine Entstehung durch die Umstellung von Produktions- oder Arbeitsverfahren verhindert werden kann,
- c) er bei der Herstellung oder Verwendung unsinniger und überflüssiger Konsumartikel anfällt.

Den Erzeugern derartiger Abfälle sind entsprechende Auflagen zu machen. Innerhalb angemessener Fristen muß der Abfallerzeuger den betreffenden Giftmüll vermeiden oder gegebenenfalls das ganze Produktionsverfahren einstellen.

Insbesondere solche Abfälle, die chlorierte oder bromierte Kohlenwasserstoffe enthalten, dürfen nicht mehr neu erzeugt werden:

Kaltreiniger (1), Lösemittel (2), Schädlingsbekämpfungsmittel (3), Trafokühlmittel (4), Kühlschmiermittel aus der Metallbearbeitung (5), Chlorbenzole aus der übrigen BAYER-Produktion.*

Gleichfalls muß die Erzeugung von schwermetallhaltigen Abfällen unterbunden werden (Quecksilber, Cadmium, Blei, u.v.a.):

Spül- und Waschwässer aus Galvanikbetrieben (6), Schädlingsbekämpfungsmittel (7), Farbmittel/ Farbschlümme/ Druckfarben (8), Kunststoffe (9).

Für alle hier aufgeführten Bereiche ist kurzfristig die Vermeidung von Giftmüll möglich, entsprechende Ersatzstoffe und abfallarme Technologien gibt es bereits.

Für bestimmte, besonders risikoreiche Abfälle, z.B. Chlorbenzole oder bestimmte Schädlingsbekämpfungsmittel, wird es keine Abfallvermeidung durch Ersatzprodukte oder bessere Produktionsverfahren geben. In solchen Fällen muß die Produktion ersatzlos eingestellt oder verboten werden.

3. Für Abfälle, die in den Übergangsfristen noch anfallen, für Altlasten oder unvermeidbare Abfälle werden regionale Zwischenlager unter Landesaufsicht eingerichtet. Die Abfallerzeuger werden verpflichtet, ihre Abfälle dort gegen Miete und Kautions einzulagern, bis Techniken gefunden sind, um die Abfälle so zu behandeln, daß keine schädlichen Wirkungen auf Umwelt und Gesundheit eintreten können. Verantwortung und Haftung für den eingelagerten Abfall verbleiben beim Giftmüllherzeuger. Es gilt Zeit zu gewinnen, um den jahrzehntelangen Rückstand aufzuholen, den die Technik der Abfallbehandlung gegenüber der Neuproduktion von Waren hat.

4. Der Verbleib oder die Beseitigung von Giftmüll muß der öffentlichen Kontrolle unterstellt werden. Öffentliche Kontrolle heißt dabei für uns:

- a) Jeder/jede interessierte Bürger/in in Schleswig-Holstein hat das Recht, die Abfallakten der Behörden einzusehen.
- b) Insbesondere die Anwohner/innen in der Nachbarschaft von Abfallbeseitigungs- oder Abfallverwertungsanlagen haben das Recht, jederzeit unangemeldet in der Anlage zu erscheinen, diese zu inspeziieren, Proben zu nehmen, über Verfahrensweisen, Mängel und Emissionen Auskunft zu verlangen sowie gegebenenfalls erforderliche Maßnahmen zum Schutz von Umwelt und Gesundheit zu fordern.
- c) Art, Menge und Konzentration von Schadstoffen, die von einer Abfallbehandlungsanlage über Luft, Wasser und Abfall abgegeben werden, sind von einer betreiberunabhängigen Stelle regelmäßig zu messen. Diese Werte sowie Menge, Zusammensetzung und Herkunft der angenommenen Abfälle sind regelmäßig zu veröffentlichen.

5. Im Rahmen eines Abfallwirtschaftskonzeptes der oben skizzierten Form ist dann zu prüfen, ob die Abwasserverbrennung der BAYER AG zur Behandlung bestimmter, unvermeidbarer Abfallarten aus Schleswig-Holstein besonders geeignet ist. Der BAYER AG wäre dann in einem neuen Genehmigungsverfahren die Verbrennung einzelner Abfallarten mit genau festgelegter Zusammensetzung für einen befristeten Zeitraum zu genehmigen.

* Die angegebenen Ziffern sind jeweils Verweis auf die entsprechenden Abfallarten im oben abgedruckten Abfallkatalog^[1] der BAYER AG.

Rauchwolke über Krefeld

Am 02. November 1986 kam es nach Angaben des BAYER-Konzerns gegen 11.30 Uhr im Mahlbereich der EISENOXYD-PIGMENT-Produktion des Werkes Krefeld/Uerdingen zu einem Schmelzbrand. Die starke Rauchentwicklung war weithin über die Stadt bis in die umliegenden Gemeinden zu sehen.

Kurz vor 12.00 Uhr forderte das Chemiewerk Hilfe von der Berufsfeuerwehr an. Unter schwerem Atemschutz sei der Brand bis 12.49 Uhr gelöscht worden.

Die zuständigen Behörden seien informiert worden. Gefahr für die Bevölkerung habe zu keiner Zeit bestanden. Δ

Giftfässer in der Biscaya verloren

Nun mußte der BAYER-Konzern die spanische Kriegsmarine einschalten. Der aus Hamburg stammende Frachter "Sloman Raider" verlor am 09. November 1986 im Sturm in der Biscaya zwischen 154 und 158 jeweils ca. 25 kg schwere Giftfässer. Das hochgefährliche Pestizid-Konzentrat FENTHION war für Algerien bestimmt.

Nach dem Sturm legte der Frachter im nordspanischen Hafen Musel bei Gijón an. Die Schauerleute weigerten sich wegen der Giftgefahr, die Ladung neu zu stauen. Acht Fässer waren beschädigt und mußten per LKW in die Bundesrepublik zurückgebracht werden.

Offen ist bisher, wieviel Fässer geborgen werden konnten und in welchem Umfang das Meer durch beschädigte Fässer verseucht wurde.

Der Unfall bestätigt eine alte Befürchtung der BAYER-Coordination: Der Transport hochgiftiger Substanzen zu Luft, Wasser, Straße oder Schiene ist zu unsicher, die damit verbundenen Risiken sind zu groß. Ein weiteres Argument dafür, die Produktion derartiger Stoffe gänzlich zu verbieten. Δ



Verunglückte BAYER-Giftladung im Hafen von Gijón/Spanien

Gaswolke in Dormagen

Am 10. März 1987 trat bei BAYER in Dormagen SCHWEFELWASSERSTOFF aus und zog in einer Gaswolke ab. Nach offiziellen Angaben war die Ursache ein Leck in einem Kühler.

SCHWEFELWASSERSTOFF ist ein äußerst giftiges, farbloses und nach faulen Eiern riechendes Gas. Lt. BAYER "hat aufgrund der geringen Konzentration zu keiner Zeit eine Gefahr für die Nachbarn bestanden." Δ

Tödlicher Unfall in Leverkusen

Am 16. Februar 1987 kam es im BAYER-Werk Leverkusen zu einem Unfall mit Todesfolge. Im Farbenbetrieb des Werkes wollte ein Kollege ein Rührwerk in Gang setzen. Dabei ereignete sich eine Verpuffung. Der Kollege wurde durch ein herumfliegendes Armaturenteil getötet. Ein weiterer Kollege erlitt einen Schock und mußte in ärztliche Behandlung.

Die Ursache für den Unfall blieb der Öffentlichkeit unbekannt. Δ

In Dormagen Giftmüll in Brand

In der Nacht zum 09. Januar 1987 sind auf der Industrie-Abfall-Deponie Dormagen-Rheinfeld DRALON-Abfälle in Brand geraten. Das Feuer dehnte sich nach Angaben der Werksfeuerwehr BAYER/Dormagen auf eine Fläche von etwa 90 qm aus.

Der Oberkreisdirektor Reus teilte mit, daß die DRALON-Reststoffe "rückstandsfrei unter Bildung normaler Brandgase, wie Kohlendioxyd und Wasser" verbrannten.

Gefahren für den Rhein, das Trinkwasser oder die Bevölkerung bestanden - wie üblich - zu keiner Zeit. Δ

Stinkende Wolke in Marl

Am Samstag, dem 21. Februar 1987, trat bei der BAYER-Tochter BUNAWERKE HÜLS/Marl eine weißliche, stark nach Menthol riechende Wolke aus. Eine Betriebsstörung setzte 5 Tonnen PARAMENTHAN-HYDROPEROXYD (PMHP) frei. Dieser Stoff wird zur Herstellung von Synthese-Kautschuk benötigt.

Nach Polizeiangaben war ein nicht gesicherter Deckel verantwortlich. Bei ansteigenden Temperaturen konnte der Stoff aus dem Behälter entweichen. Die Wolke zog von Marl über Teile des Ruhrgebietes nach Westen.

Die Gewerbeaufsicht teilte mit, daß das Unternehmen den Unfall nicht gemeldet hat, "weil der Stoff nicht der Störfallverordnung unterliegt". Die Werksleitung behauptet hingegen, die Betriebsstörung sehr wohl gemeldet zu haben. Auf alle Fälle: "Gefahr für Mensch und Umwelt bestand zu keiner Zeit". Wie immer. Δ

Jahresbilanz der Betriebsunfälle

Nachdem 1985 die "Betriebs- und Wegeunfälle" bei BAYER in der Bundesrepublik um ca. 7 % gestiegen waren, sind sie 1986 um rund 10 % gesunken. Es ereigneten sich 1.129 Unfälle.

Allerdings beziehen sich diese Zahlen lediglich auf die BRD-Werke der BAYER AG. Im gesamten Konzern und weltweit kam es 1986 zu mindestens 5.000 Unfällen.

Während in Dormagen, Wuppertal und Krefeld die Unfallzahlen sanken, blieben sie in Leverkusen konstant und stiegen in Brunsbüttel sogar an. Δ

Produktions-Sicherheit

Auffangbecken bei BAYER

Der BAYER-Konzern beeilte sich nach der Katastrophe bei SANDOZ im Nov. 1986, in der Öffentlichkeit die eigenen Sicherheitsvorkehrungen in den höchsten Tönen zu loben. So wurde z.B. in Leverkusen lautstark verkündet, daß es im Werk selbstverständlich Auffangbecken gäbe. Allerdings verschweigt der Konzern, daß damit das Problem längst nicht gelöst ist.

Wolfgang Linden von der mit der BAYER-Coordination kooperierenden Kölner Umweltschutz-Gruppe "Katalyse" kritisiert: "Die Firma BAYER ist zwar stolz auf die Sicherheitseinrichtungen ihrer Produktionsstätten, aber ein Löschwasser-Auffangbecken von 10.000 cbm ist bei einer Löschwassermenge von 25 cbm/min. in sieben Stunden voll. Zum Vergleich: Bei dem kürzlich stattgefundenen Brand in Rösrath wurden nach Aussagen des dortigen Brandmeisters auf 500 to des eigentlich schwer brennbaren PVC in der Nacht 5 Schwimmbecken voll Wasser auf die Brand-

stelle gespritzt, ohne das Feuer bis zum totalen Abbrand unter Kontrolle zu bekommen. 5 Schwimmbecken entsprechen ca. 10.000 cbm. Auf dem BAYER-Gelände lagern aber allein 1.000 to Pestizide, von den anderen Produkten ganz abgesehen."

Die Kapazität der stolz präsentierten Auffangbecken ist im Ernstfall also rasch erschöpft. △

In Leverkusen Farbe statt Sicherheit

Anstatt in Leverkusen den Umweltschutz und die Produktionssicherheit zu erhöhen, unterstützt BAYER publikumswirksam die Aktionen des Fördervereins "Leverkusen soll schöner werden".

Der neueste Plan des Konzerns sieht vor, die kilometerlange Front des Unternehmens zum Rhein durch den international renommierten Farbgestalter Friedrich Ernst von Garnier färben zu lassen. Der erste Pinselstrich soll nächstes Jahr getan werden. Die gesamte Aktion soll 8 bis 10 Jahre dauern. Motto: "Das Werk grüßt freundlich die Nachbarn".

Bezeichnenderweise propagiert BAYER für diese Aktion Naturfarben. Besser kann man die Gefahren der Leverkusener Chemie-Anlagen nicht mehr "garnieren". △

GAU in Brunsbüttel möglich

"Basel-Unglück ist in Brunsbüttel unmöglich!" Der Leiter des BAYER-Werkes in Brunsbüttel, Dr. Klaus Kleine-Weischede, hält einen Unfall wie in Basel bei SANDOZ für "schlechterdings nicht denkbar". Er lobt die vorhandenen Sicherheits-Systeme und das angebliche "Sicherheits-Bewußtsein des Konzerns".

Greenpeace-Chemiker Gerhard Leich sieht dies anders: "Was bei BAYER/Brunsbüttel an Chemikalien lagert, genügt, um bei ungünstigen Bedingungen eine Katastrophe ähnlich eines GAU (größter annehmbarer Unfall) in der Atomwirtschaft hervorzurufen." △

Giftmüll

Weiterer Anstieg des Giftmüll-Berges

Aus der Statistik der "Abfallbeseitigung im produzierenden Gewerbe und in Krankenhäusern" geht hervor, daß die Menge der Produktionsabfälle 1984 gegenüber 1982 um 2,4 % angestiegen ist. Es fielen 198 11 Mio. Tonnen an.

Die Masse der Abfälle (131 Mio. Tonnen) wurde an außerbetriebliche "Entsorgungseinrichtungen" - Hausmüll-, Bauschutt- und

Sondermüll-Anlagen - abgegeben. Rund 31 Mio. Tonnen lagerten die Betriebe auf betriebseigenen Deponien ab. Ca. 4 Mio. Tonnen wurden in betriebliche Verbrennungsanlagen gebracht.

Die Abfälle enthielten 2,8 Mio. Tonnen Stoffe, "die nach Art, Beschaffenheit oder Menge in besonderem Maße gesundheits-, luft- oder wassergefährdend, explosiv oder brennbar sind oder Erreger übertragbarer Krankheiten enthalten oder hervorbringen können". Über ihren Verbleib ist ein besonderer Nachweis zu führen. Rund 77 % dieses Giftmülls wurden zu außerbetrieblichen Einrichtungen abgefahren. Lediglich 0,3 Mio. Tonnen Giftmüll wurden in neue Produktionskreisläufe eingebracht.

Der BAYER-Konzern als einer der größten Giftmüll-Produzenten überhaupt hat an diesen Abfallmengen erheblichen Anteil. Es wird deutlich, wie die Allgemeinheit die Risiken und auch die Kosten für die Beseitigung der Produktionsabfälle tragen muß. △

Spitzenplatz bei Giftmüll-Produktion

Im Auftrag des Umweltbundesamtes erstellte die Firma INPLUS ein Gutachten zur Situation auf dem Giftmüll-Sektor. Sie untersuchte die "Sonderabfall-Begleitscheine" des Jahres 1983 und erarbeitete damit erstmals ein umfassendes Zahlenwerk. Allerdings wird damit nur die Situation im überwachten Bereich beschrieben. Unklar bleibt die Beseitigung in betriebseigenen Anlagen, da

diese nicht von dem Begleitschein-System erfaßt wird.

Die Studie belegt, daß der BAYER-Konzern einer der größten Giftmüll-Produzenten ist. 1983 produzierte z.B. allein die Stadt Leverkusen - und damit das dortige BAYER-Werk - 680.000 Tonnen Giftmüll. Zum Vergleich: Berlin hatte im gleichen Jahr ein Sonderabfall-Aufkommen von lediglich 50.000 Tonnen.

Insgesamt führt Nordrhein-Westfalen mit seinen fünf BAYER-Standorten und den zahlreichen Tochter-Firmen die Giftmüll-Liste an. 4,9 Mio. Tonnen "Sonderabfälle" ermittelt das Gutachten für das Jahr 1983. 49 % davon stammen allein aus Nordrhein-Westfalen. Und wie gesagt, dabei bleiben die vielen hunderttausend Tonnen Giftmüll, die in BAYER-eigenen Verbrennungsanlagen und Deponien verschwunden sind, unberücksichtigt.

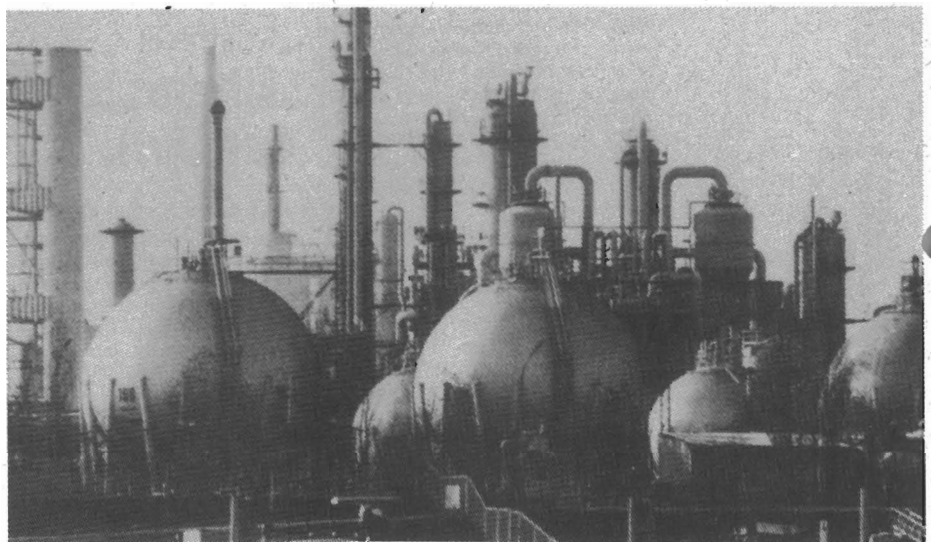
Die Studie deckt im Umgang mit dem Giftmüll eine ganze Reihe von Mängeln auf:

So wurden etwa 26,8 % der gefährlichen Abfälle ins benachbarte Ausland verbracht. Dies ist grundsätzlich problematisch, weil es sich dabei um einen für den Verursacher zwar billigen, für die Nachbarn aber umweltgefährdenden Weg handelt.

Lediglich bei der Hälfte der insgesamt beseitigten Abfallmengen ist genau bekannt, in welchen Beseitigungsanlagen sie überhaupt verschwunden sind.

Bei einem Viertel aller Abfälle ist nicht einmal die Art der Beseitigung bekannt.

Und schließlich befindet sich unter den bekannten Beseitigungsanlagen lediglich ein sehr kleiner Teil, der als eingeschränkt um-



BAYER-Anlagen Dormagen

Neue Müllverbrennungsanlage in Dormagen

Im BAYER-Werk Dormagen fallen jährlich ca. 40.000 bis 45.000 Tonnen anorganischen und damit giftigen oder nicht abbaubaren Abfalls an. Derzeit werden ca. zwei Drittel der rd. 34.000 Tonnen verbrennbarer Abfälle per LKW in andere BAYER-Werke transportiert und dort verbrannt. Diese Kapazitäten sind allerdings bald erschöpft, und deshalb hält der Dormagener Werksleiter, Dr. Bertram Anders, eine eigene Verbrennungsanlage für zwingend notwendig.

Interessant ist, daß er trotz gleichbleibender Produktionsmengen den Abfallberg wachsen sieht, was er auf "intensive Vorkehrungen zur Verbesserung von Abwasser und Abluft" zurückführt.

Die Fertigstellung der neuen Müllverbrennung ist für 1989/90 geplant. Die entsprechenden Anträge werden derzeit eingereicht. Der neue 100 m hohe Schornstein wird die Schwefeldioxidbelastung der Luft um 0,2 µg erhöhen, die Belastung mit Stickstoffhaltigen Gasen um 0,6 µg. Das Kühlwasser soll in die werkseigene Kläranlage, die Verbrennungssasche auf die Rheinfelder Deponie gekippt werden. △

weltgerecht betrachtet werden kann. Völlig umweltgerecht läßt sich Giftmüll in keinem Fall beseitigen.

Obwohl die Studie seit Dezember 1985 vorliegt, verschweigt die Bundesregierung die Ergebnisse bis heute beharrlich. Δ

In NRW soll BAYER für Giftmüll zahlen

In Nordrhein-Westfalen wird der Giftmüll teurer. Der Umweltminister Matthiesen plant ein neues Konzept für die Beseitigung von Sondermüll. Jedes Unternehmen - so auch BAYER, der größte Giftmüllproduzent des Landes - muß künftig eine Lizenz gegen entsprechende Gebühr für seine Sondermüll-Anlagen (Deponien, Verbrennungsöfen etc.) erwerben. Dadurch wird die Beseitigung von Sondermüll teurer und, so Matthiesen, der Anreiz, Abfall zu vermeiden, ebenfalls höher. Hoffentlich auch hoch genug. Δ

Wasser

BAYER über SANDOZ bestens informiert

Immer wieder wurde von der Bevölkerung, aber auch von Behörden und Politikern, die mangelnde Informationspolitik der Bonner Regierung im Zusammenhang mit der Brandkatastrophe bei SANDOZ kritisiert. Prominentester Kritiker war der NRW-Umweltminister Matthiesen, der Umweltminister Wallmann vorwarf, "anstatt sich vor Ort zu informieren, beschwichtigende Telexe verschickt" zu haben.

Die Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke Köln (GEW) sahen sich ebenfalls enorm verunsichert hinsichtlich der mangelnden Informationen. Sie bekamen unervartete Hilfe vom BAYER-Konzern. Dieser lieferte detaillierte Erkenntnisse über die Giftgefahr infolge der SANDOZ-Katastrophe. Der Konzern zeigte sich besser informiert als alle öffentlichen Stellen. Δ

Trinkwasser-Förderung eingestellt

In Leverkusen bezieht die Bevölkerung z.T. ihr Trinkwasser aus Wasserwerken des BAYER-Konzerns. Nach der Brandkatastrophe bei SANDOZ stellten die Wasserwerke längs des Rheins, entsprechend dem Abfluß der Giftwelle aus Basel, die Förderung ein. BAYER zog fleißig Problem, die in einem eigens eingerichteten Not-Labor in Dormagen untersucht wurden. Obwohl der Konzern "keine beunruhigenden Meßresultate" erwartete, wurde die Lieferung an die Energieversorgung Leverkusens für eine Woche eingestellt. Δ

Düsseldorfer Stadtwerke ratlos

Düsseldorf gehört zu denjenigen Großstädten, deren Bevölkerung aus der Abwasserbrühe des BAYER-Konzerns und anderer Konzerne, sprich: dem Rhein, mit Trinkwasser versorgt werden muß. Bis zu 2.000 to Abfall-Gifte darf der Konzern täglich allein aus seinem Werk in Leverkusen in den Rhein einleiten. Hinzu kommen die immer wieder stattfindenden Störfälle mit ihren Belastungsstößen.

Der Skrupellosigkeit des weltgrößten Pestizid-Herstellers stehen auch die Düsseldorfer Stadtwerke ratlos gegenüber. "Uns ist es bisher nicht möglich gewesen, von den Stoffen Kenntnis zu erhalten, die BAYER abläßt," umschreibt Herbert Seggers die unbefriedigende Situation. Da die Werks-Abwässer zusammen mit den Einleitungen des Wupper-Verbandes geklärt werden, zeigte er sich sogar unsicher, ob BAYER aufgrund möglicher chemischer Reaktionen selbst weiß, "was hinten rauskommt". Auch die Einsichtnahme in die Wasserbücher beim Regierungspräsidenten hilft ihm nicht weiter: "Was sagt das über die aktuelle Situation?" Nichts, denn die BAYER-Produktion ist unbeständig. Die gesamte chemische Palette wird hoch und runter produziert. Die abgelassenen Schadstoffe variieren. Δ



Einleitungen in Dormagen

Die Leitung des BAYER-Werkes Dormagen weist auch anlässlich der jüngsten Störfälle bei BAYER geschlossene Wasserkreisläufe weit vom sich und besteht darauf, daß eine "Null-Einleitung nicht machbar" sei.

Dabei leitet das BAYER-Werk Dormagen nach eigenen Angaben auch ohne Störfälle jede Stunde bis zu 8.000 cbm giftige Abwässer in den Rhein ein. Hinzu kommen stündlich ca. 10.000 cbm Kühl-, Niederschlags- und nicht weiter behandlungsbedürftiges Produktions-Abwasser.

So läßt BAYER in Dormagen jeden Tag rd. 19,2 Tonnen organischer Stoffe, 48 kg halbo-

genierte Kohlenwasser-Stoffe und 41 kg Schwermetalle in den Rhein ab. Darin sind jeweils 36 Gramm Cadmium und Quecksilber enthalten.

Geschlossene Kreisläufe sind bei diesen Giftmengen sofort erforderlich. Δ

BAYER

Kulisse aus Hochglanzpapier

BAYER ist einer der größten Konzerne der Welt. Mit der chemischen Produktion bei BAYER und den unzähligen BAYER-Produkten verbinden sich große Probleme für Mensch und Umwelt. Wie bei anderen multinationalen Konzernen auch. In der Regel wird nur das Wenigste von diesen Problemen bekannt.

"Stichwort: BAYER" schafft hier Abhilfe. Dieser Informationsdienst der Internationalen BAYER-Coordination erscheint mit 6 Ausgaben im Jahr, klärt auf und enthüllt, was hinter den Hochglanzberichten der Konzernpropaganda steckt.

"Stichwort: BAYER" ist ein Informationsdienst für Journalisten, Dritte-Welt-Gruppen, Bürgerinitiativen, Gewerkschafter, Parteien, Umweltschutzorganisationen, Verbraucherschutzverbände, Tierschützer, kritische Ärzte und andere Interessierte.

Die kostengünstigste Möglichkeit, an "Stichwort: BAYER" zu kommen, erfordert lediglich DM 30,- pro Jahr.

Widerrufsbelehrung

Mir ist bekannt, daß ich dieses Abo innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt der Poststempel.

Coupon ausfüllen und einsenden an: BAYER-Coordination, Jägerstr. 78, 4000 Düsseldorf 1. Bitte Absender angeben.

- ☐ Ich/Wir möchte/n, "Stichwort: BAYER" abonnieren
- ☐ Journalistenabo
- ☐ inkl. Pressematerial DM 70,-
- ☐ Förderabo
- ☐ Selbstbestellung
- ☐ mind. DM 70,- DM _____
- ☐ Gruppenabo
- ☐ (5 Exemplare/Ausgabe) DM 70,-
- ☐ Einzelabo DM 30,-

Datum _____ Unterschrift _____

Widerrufsbelehrung

Mir ist bekannt, daß ich dieses Abo innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt der Poststempel.

Datum _____ Unterschrift _____

November-Störfälle kein Einzelfall

Längst werden nicht alle Störfälle bei BAYER öffentlich bekannt. Trotzdem zeigt ein Blick auf die vergangenen Jahre, daß die Verseuchung des Rheins durch den Konzern im November 1986 kein Einzelfall ist. Bei BAYER/Leverkusen fanden von Januar 1983 bis November 1986 mindestens 19 weitere Störfälle statt:

- 20. Januar 1983: 1,2 to NITROBENZOL
- 28. Januar 1983: 90 kg NITROBENZOL
- 09. August 1983: 760 kg CHLORNITROBENZOL
- 13. September 1983: eine unbekannte Menge BUTYLKRESOL
- 23. November 1983: 1.000 kg DICHLORBENZOL
- 02. Dezember 1983: 800 kg DICHLORETHAN
- 08. Dezember 1983: 250 kg DIMETHYLFORMAMID
- 19. Dezember 1983: 1.000 kg TRIETHYLAMIN
- 12. April 1984: 1,5 to META-AMINOTOLEROL
- 15. Mai 1984: 1,5 to ISOPROPANOL, AZETON, METHANOL
- 24. Mai 1984: unbekannte Mengen unbekannter Stoffe
- 29. Mai 1984: 1.000 kg PHENETIDINE
- 16. Juni 1984: 5 to ORTHO-ANISIDIN
- 17. Juni 1984: 18.500 kg ORTHOANISIDIN
- 05. Juli 1984: 100 kg ASTRAZON
- 22. Mai 1985: 2.5000 kg METHYLANILIN
- 14. August 1985: 6.000 kg NITROTOLUOL
- 16. April 1986: 4.000 kg DIMETHYLETHYLENPHENYLETHALMIN
- 12./14. Oktober 1986: 10.000 kg CHLORBENZOL

Forderungen der Rhein-Wasserwerke

Die internationale Arbeitsgemeinschaft der Wasserwerke im Rheineinzugsgebiet/IAWR hat am 18.12.1986 erneut den Stop giftiger Einleitungen gefordert.

In der IAWR sind 100 niederländische, französische, deutsche, österreichische und schweizerische Versorgungs-Unternehmen zusammengeschlossen. Sie haben die internationale Konferenz der für das Rheinwasser zuständigen Minister zum Anlaß genommen, um ihre alte Forderung erneut vorzutragen. Aufgrund der ungeheuren Giftmengen im Rhein wird es für die Wasserwerke immer schwieriger, sauberes Trinkwasser zu gewährleisten. △

Einleitungen in Leverkusen

Der BAYER-Coordination liegt ein bis Februar 1984 gültiger Einleiter-Bescheid für das BAYER-Werk in Leverkusen vor. Er wurde sicherlich mittlerweile des öfteren geändert, wird im wesentlichen jedoch auch noch heute gelten.

Das BAYER-Werk in Leverkusen produziert in seinen ca. 300 Produktionsstätten rd. 4000 verschiedene Stoffe. Dabei fallen mehrere 10.000 Abfall-Substanzen an. Im Einleiter-Bescheid für dieses Werk werden jedoch lediglich rund 20 Stoffe mit Höchstwerten versehen. Der Rest verschwindet in den Sammelwerten des Sauerstoff-Bedarfs. Unabhängig von ihrer Giftigkeit und Gefährlichkeit. △



"Wir nehmen Ihre Aufregung ernst, wir produzieren hier Beruhigungsmittel."

Kautschuk

Produktionserweiterung in Leverkusen

BAYER plant die Errichtung einer neuen Anlage zur Herstellung ihres hydrierten NITRIL-Kautschuks THERBAN. Derzeit läuft eine "Versuchsanlage" mit einer Kapazität von 100 Tonnen jährlich. Diese soll bis zur Fertigstellung der neuen Anlage auf 250 Tonnen erweitert werden.

Die neue Anlage soll in Leverkusen errichtet werden und 1989/90 anlaufen. Die Kapazität wird zunächst 1.000 Tonnen pro Jahr betragen, kann aber "bei Bedarf erweitert werden".

THERBAN erfreut sich wachsender Nachfrage als Hochleistungselastomer. Vor allem in der Automobil- und Ölförderungsindustrie. △



BAYER-Anlagen, Leverkusen

Pestizide

Neues Gesetz mangelhaft

Der Bund Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), das Pestizid-Aktions-Netzwerk (PAN), die BAYER-Coordination (BC) sowie viele andere Organisationen und Parteien kritisieren das Anfang Januar erlassene neue "Pflanzenschutzgesetz". Der größte Pestizid-Hersteller der Welt, der BAYER-Konzern, hat gute (Lobby-)Arbeit geleistet:

- Nach wie vor dürfen Pestizide auch dann zugelassen werden, wenn weniger umwelt- und gesundheitsschädliche Mittel zur Verfügung stehen.
- Pestizide dürfen auch dann zugelassen werden, wenn nach wissenschaftlichen Erkenntnissen der Eintritt erheblicher Gesundheits- oder Umweltschäden mit einiger Wahrscheinlichkeit zu erwarten ist.
- Auch das neue Gesetz unterstellt die "sachgerechte und bestimmungsgemäße Anwendung", obwohl einwandfrei erwiesen ist, daß diese überhaupt nicht garantiert werden kann.
- Das Gesetz sieht keinerlei Meldepflicht der Hersteller hinsichtlich der voraussichtlich produzierten Mengen vor.
- Nach wie vor brauchen Pestizide nicht auf ihre Schädlichkeit für Bienenbrut und Wildbienen geprüft werden.
- Nach wie vor dürfen Pestizide auf öffentlichen Flächen und in Haus- und Kleingärten verspritzt werden, obwohl es hierfür keinen wirtschaftlichen Bedarf und unbedenkliche Alternativmethoden gibt.
- Auch das neue Gesetz erlaubt die Ausfuhr von Pestiziden, die bei uns nicht zugelassen sind bzw. die hier vollständig oder teilweise in der Anwendung verboten sind.
- Gefahren müssen in der Werbung für Pestizide nicht genannt werden.
- Prüfungsunterlagen der Herstellerfirmen werden auch weiterhin der Öffentlichkeit vorenthalten.
- Eine Gefährdungshaftung der Pestizidhersteller sieht das Gesetz nicht vor.

NEMACUR-Prozeß in Spanien

Am 30. März hat in Madrid eines der größten und voraussichtlich längsten Gerichtsverfahren der jüngeren spanischen Geschichte begonnen: Der Prozeß um die Massenvergiftungen aus dem Jahr 1981. 25.000 Menschen wurden seinerzeit vergiftet, über 600 starben. Hunderte erkrankten unheilbar und müssen seither unter schrecklichen Folgen leiden.

Sehr zum Mißfallen des BAYER-Konzerns wird auch in diesem Prozeß das BAYER-Produkt NEMACUR wieder eine Rolle spielen. Während die spanische Regierung und auch der BAYER-Konzern als Ursache für die Massenvergiftungen "verunreinigtes Speise-

öl" favorisieren, nennt eine nicht unerhebliche Gruppe Betroffener das BAYER-Pestizid NEMACUR als Ursache.

Im Vorfeld des Prozesses bereits wurde die "NEMACUR-These" von einer ganzen Reihe spektakulärer und mysteriöser Ereignisse begleitet:

- Der spanische Epidemiologe Dr. Antonio Muro, der auf das BAYER-Pestizid NEMACUR aufgrund seiner Befragungen von mehr als 4.000 Vergifteten und ihrer Familien sowie der Untersuchung von 3.200 Pestiziden stieß, starb an "Selbstversuchen".
- Der spanische Gerichtsmediziner Dr. Frontela, der aufgrund seiner Untersuchungen ebenfalls auf das BAYER-Produkt NEMACUR stieß, brach seine Versuche "aus Zeit- und Geldmangel" ab.
- Wissenschaftliche Unterlagen über die Zusammenhänge zwischen den Vergiftungen und NEMACUR "verschwanden" bei Einbrüchen und bei Regierungsstellen.
- Bei einem dieser Einbrüche wurden Polizisten und Regierungsbeamte als Täter auf frischer Tat gestellt.
- Der Chefredakteur des spanischen Nachrichtenmagazines 'Cambio 16' mußte gehen, nachdem das Magazin im Dezember 1984 ausführlich über NEMACUR berichtet hatte.
- Im Dezember 1985 - nachdem also der Chefredakteur bereits gegangen worden war - erschien in 'Cambio 16' ein nicht namentlich gekennzeichneter Artikel, der sich von der "NEMACUR-These" distanzierte. Es stellte sich bald darauf heraus, daß die Schreiber dieses Artikels mit aller Wahrscheinlichkeit in Leverkusen in der Öffentlichkeitsabteilung des BAYER-Konzerns saßen.
- Im Zusammenhang mit der Entlassung des Chefredakteurs und der "Gegendarstellung" halten sich hartnäckige Gerüchte um die Neuausstattung der Verlagsdruckerei des spanischen Magazins mit neuen Druckmaschinen aus der Bundesrepublik.

- Selbstverständlich gab es von BAYER immer wieder in ganz Europa heftige Angriffe und Verleumdungen gegen die Befürworter der NEMACUR-These.

Das alles konnte nicht verhindern, daß NEMACUR im jetzt begonnenen Prozeß eine Rolle spielen wird. Das Gericht genehmigte entsprechende Beweismittel zur Verhandlung. △

Pharma

Auslandspräparate zulässig

BAYER hat vor dem Bundesgerichtshof - wie zuvor vor dem Schleswig-Holsteinischen Oberlandesgericht und dem Oberlandesgericht Düsseldorf - verloren. Das Gericht wies die Klage des Konzerns gegen Apotheker und Ortskrankenkassen ab (Az.: KZR 31/85, KZR 1/86).

BAYER-Präparate werden im Ausland mitunter erheblich billiger angeboten als hierzulande. Diesen Preisunterschied wollen sich die Krankenkassen nutzbar machen. Sie wollen erreichen, daß Apotheker nicht mehr das für den deutschen Markt hergestellte teure, sondern das billigere (re-importierte) namens- und beschaffenheitsgleiche Auslands-Präparat abgeben.

Der Bundesgerichtshof bestätigte ausdrücklich die Zulässigkeit dieses Verfahrens. BAYER ist damit bei dem Versuch, seine Extra-Profitte in diesem Bereich zu sichern, in letzter Instanz unterlegen. △



BAYER UK aus Pharma-Verband ausgeschlossen

Der Britische Pharma-Verband "Association of the British Pharmaceutical Industry" hat die ihm angehörige britische BAYER-Tochter BAYER UK ausgeschlossen. Mit dieser bisher einmaligen Maßnahme kam der Verband dem Wirtschaftsministerium zuvor, dessen Marktaufsichtsbehörde bereits Ermittlungen gegen BAYER angestellt hatte. So wurde der Konzern zwar vor weiterer strafrechtlicher Verfolgung geschützt, ansonsten jedoch äußerst peinlich öffentlich blossgestellt.

Dem Leverkusener Konzern wurde in Großbritannien nachgewiesen, daß er Ärzte bestochen hatte. Für Farbfernseher und Reisen in die USA erhielt BAYER wissenschaftlich vollkommen wertlose "Gutachten" für das Herzmittel ADALAT RETARD. Mit diesen "Gutachten" wiederum wurde der Absatz des Medikaments gefördert.

BAYER spielt den Vorfall mit der Bemerkung herunter, die gerügten Praktiken seien bereits eingestellt worden. Bei den beanstandeten Vorfällen hätte es sich lediglich um vereinzelte Scheintests gehandelt, die keinesfalls Teil der Geschäftspolitik gewesen seien.

Der Verband sieht dies anders. Er bewertet das Verhalten der britischen BAYER-Tochter derartig verwerflich, daß nur noch der Ausschluß des Pharma-Unternehmens das Ansehen des Verbandes wahren konnte. Δ

Imperium

Neue Sektoren-Aufteilung

Bisher war der BAYER-Konzern unterhalb der Vorstandsebene in sechs Sektoren gegliedert. Der in jüngster Zeit erfolgte verstärkte Einstieg in die Spezial-Werkstoffe, vor allem durch den Erwerb der H.C. STARCK KG und die Mehrheitsbeteiligung an CREMER/Rödenthal, hat zu einer Neuorganisation geführt. Der bisherige Sektor "Anorganika, Polyurethane, Lackrohstoffe" wurde aufgeteilt in zwei neue Sektoren. Damit gibt es jetzt sieben Sektoren:

- Polymere
- Organika, Farben
- Anorganische Chemikalien
- Pigmente und Keramik
- Pharma
- Landwirtschaft
- AGFA GEVAERT

Die Leitung des Sektors "Anorganische Chemikalien" wurde Dr. Hans-Joachim Kaiser, die Leitung des Sektors "Pigmente und Keramik" wurde Gunter Ritter übertragen. Letzterer war bisher Geschäftsführer der BAYER QUIMCAS UNIDAS S.A., Caracas/Venezuela. Δ

Neues Vorstandsmitglied

Der Chemiker Dr. Hermann Wunderlich (55) wurde zum 1. April als neues Vorstandsmitglied bestellt.

Dem BAYER-Vorstand gehören damit derzeit 11 Personen an: H.J. Strenger (Vorsitzender), G. Fritz, K.H. Büchel, H. Loehr, H. Piechota, E.H. Rohe, D. Schaub, M. Schneider, E. Weise, F.J. Weitkemper und H. Wunderlich. Δ

Ausbau in Japan

Der Vorstandsvorsitzende des BAYER-Konzerns, H.J. Strenger, teilte zu Beginn dieses Jahres in Tokyo mit, daß "die Aktivitäten in Japan weiter verstärkt werden". BAYER will in seine 13 japanischen Gesellschaften innerhalb der nächsten Jahre bis zu 200 Mio. DM investieren. Insbesondere soll eine Anlage für Hochleistungsharze in Toyohashi errichtet werden.

BAYER erzielte 1986 in Japan, dem zweitgrößten Chemiemarkt der Welt, einen Umsatz von ca. 2 Mrd. DM. Δ

Holzgift-Produktion verkauft

Der BAYER-Konzern zieht sich aus dem skandalumwobenen Holzgift-Geschäft zurück. Er verkaufte seinen Anteil an der DESOWAG BAYER HOLZSCHUTZ GmbH in Höhe von 37 % an den SOLVAY-Konzern. Dieser übernimmt auch den BAYER-Anteil in Höhe von 25 % an der PROTECTION DU BOIS SOLVAY BAYER/Frankreich.

Der Rückzug von BAYER aus dem Holzgift-Geschäft kann als Erfolg langjährigen öffentlichen Widerstandes gegen den Konzern gewertet werden. Immerhin sind mittlerweile bei der Staatsanwaltschaft Frankfurt mehr als 3.000 Strafanzeigen gegen BAYER und andere Holzgift-Produzenten anhängig. Δ

Der Aufsichtsratsvorsitzende

Der Aufsichtsratsvorsitzende Prof. Herbert Grünwald, 65 Jahre, ist einer der mächtigsten Männer unseres Landes. Dies zeigt bereits ein Blick auf die lange Liste seiner Funktionen. So ist er nicht nur bei BAYER der Vorsitzende des Aufsichtsrates, sondern auch bei der ALLIANZ-Versicherungs-Aktiengesellschaft/München und bei der ZANDERS FEINPAPIERE AG/Bergisch Gladbach.

Bei der DEGUSSA, der METALLGESELLSCHAFT, bei SIEMENS, der VEBA und bei OTTO WOLFF ist er Mitglied des Aufsichtsrates. Auch gehört er dem Gesellschafter-Ausschuß des HENKEL-Konzerns an (nach den IG FARBEN-Firmen HOECHST, BAYER und BASF der nächstgrößere Chemie-Konzern der BRD).

Beim Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) ist er Präsidiumsmitglied und Vorsitzender des Kulturkreises. Bei der Carl-Zeiss-Stiftung ist er Stiftungskommissar, bei

der Max-Planck-Gesellschaft Vizepräsident. Und schließlich ist er auch Mitglied des Ältestenrates des Verbandes der Chemischen Industrie (VCI).

Seine Karriere begann Herbert Grünwald im Jahre 1956 mit seinem Eintritt bei BAYER. 1968 wurde er in den Vorstand des Konzerns berufen, 1964 Vorstandsvorsitzender und Aufsichtsratsvorsitzender schließlich ist er seit 1985. Δ



SOLIDARITÄT MIT

HOLZSCHUTZMITTEL-GESCHÄDIGTEN !

PROZESS ZAPKE GEGEN

7 Tage vor Weihnachten hat das Kölner Landgericht die Klage der holzschutzmittelgeschädigten Familie ZAPKE gegen die Chemieriesen DESOWAG-BAYER und CHEMISCHE FABRIK WEYL abgewiesen.

ANLASS DER KLAGEN: Schäden durch giftige Holzschutzmittel.

Die Familie zählt zu den Verbrauchern, die für das Verschönern von Hölzern diese Mittel in der Wohnung verwendet haben - ohne von Herstellern oder staatlichen Behörden über die Gefahren informiert worden zu sein.

Tausende haben diese giftigen Mittel verstrichen, die Lindan oder Pentachlorphenol (PCP) enthielten. Viele wurden krank. Ursache dafür sind die DIOXINE, die in Holzschutzmitteln gefunden wurden.

Anstatt sich auf die Seite der Geschädigten zu stellen, folgte der Vorsitzende, Richter KIERDORF, der Argumentation der Chemiefirmen, die jede Haftung für ihre gefährlichen Produkte ablehnen.

Durch die Abweisung der Klage muß Familie Zapke die immensen Prozeßkosten tragen.

Damit der Prozeß, auf den tausende Betroffene hoffen, weitergeführt werden kann, hat Die Verbraucher Initiative einen Solidaritäts-Fond für die Holzschutzmittel-Geschädigten eingerichtet.

SONDERKONTO:
Sparkasse Bonn Nr.: 19 001 411
(BLZ 380 500 00)

WEITERE INFORMATIONEN:

Die Verbraucher Initiative

Postfach 17 46, 5300 Bonn 1
Tel.: 0228 - 65 90 45

DESOWAG-BAYER & WEYL-CHEMIE



US-Konzern wächst

Die BAYER USA INC./Pittsburgh (Pennsylvania) hat für 7 bis 15 Mio. Dollar die US-Firma WYROUGH + LOSER Inc./Trenton (New Jersey) übernommen. Es handelt sich um einen Hersteller von Gummiverarbeitungs-Chemikalien mit einem Umsatz von zuletzt 20 Mio. Dollar. Das Unternehmen mit etwa 200 Beschäftigten soll die Produktion der RHEIN-CHEMIE RHEINAU GmbH/Mannheim ergänzen.

Zu der US-Holding in Pittsburgh gehören neben der MOBAY Corp. (Kunststoffe, Grundchemikalien) und MILES LABORATORIES (Pharma) noch AGFA-GEVAERT (Foto), COMPUGRAPHIC Corp. (Computer und Software für das graphische Gewerbe), HAARMAN AND REIMER (Duftstoffe), HELENA CHEMICAL (Agro-Chemikalien) und DEERFIELD URETHANE (Folien) sowie noch eine ganze Reihe weiterer Gesellschaften.

Offiziell weist der Konzern für seine US-Töchter 1986 einen Umsatz von ca. 8 Mrd. DM sowie ca. 25.000 Beschäftigte aus.

Mit der jetzt getätigten Neuerwerbung festigt BAYER seine Position als zweitgrößter Chemie-Konzern der USA. △

Neuer Werksleiter in Dormagen

Der bisherige Werksleiter des BAYER-Werkes Dormagen, Dr. Walter Bayer, übergab am 01. Februar 1987 seine Geschäfte an Dr. Bertram Anders (52).

Der Chemiker Anders, 1934 in Großwüßterwitz bei Brandenburg an der Havel geboren, studierte 1952 - 1959 Landwirt-

schaft und Chemie an den Universitäten Rostock, Regensburg und Mainz.

Nach seiner Promotion 1961 trat Dr. Anders in das Leverkusener Werk des BAYER-Konzerns ein, blieb jedoch bis 1962 Assistent an der Universität Mainz.

Von 1962 - 1967 arbeitete er in der zentralen Forschung in Leverkusen, um anschließend die Leitung eines Pflanzenschutz-Betriebes in Dormagen zu übernehmen.

1971 wurde er als Sparten-Referent im Vorstands-Stab des BAYER-Konzerns in Leverkusen tätig.

1973 übernahm er die Leitung der Produktion für Pflanzenschutz-Wirkstoffe in Dormagen. Ab 1979, zwischenzeitlich zum Direktor ernannt, kam die Pestizid-Produktion im Werk Wuppertal-Elberfeld hinzu. Darüber hinaus zeichnete er für den Aufbau und die Betreuung der Pflanzenschutz-Produktion in Antwerpen verantwortlich.

1985 übernahm er schließlich weltweit das Ressort Pflanzenschutz. Er gibt dieses Ressort an seinen jetzigen Vertreter, Dr. Artur Judat, ab.

Mit Dr. Anders steht dem Dormagener Werk jetzt ein Mann vor, der nicht behaupten kann, er wisse nicht um die Gefahren in Produktion und Vertrieb von Pestiziden. △

Der Vorstandsvorsitzende

H.J. Strenger, der jetzt 58jährige Vorstandsvorsitzende des BAYER-Konzerns, übernimmt nach und nach die Hebel der Macht von seinem Vorgänger Prof. Grünewald. So gab dieser jetzt den Vorsitz der Carl-Duisberg-Gesellschaft nach 17-jähriger Tätigkeit an Strenger ab. Auch den Vorsitz

der Gesellschaft der Freunde und Förderer der Universität Bonn hat Strenger von Grünewald übernommen. Darüber hinaus sitzt er u.a. in den Aufsichtsräten von DAIMLER BENZ und KARSTADT. △

SDI-verdächtig

Der Konzern hat ein neues Ingenieur-Keramik-Technikum in Betrieb genommen. Das Institut ist eine Gemeinschaftsgründung der BAYER-Tochter CREMER und der BAYER AG.

Nach der unlängst erfolgten Übernahme des Spezial-Werkstoff-Konzerns H.C. STARCK liegt hiermit ein weiterer Hinweis auf eventuelle SDI-Absichten des BAYER-Konzerns vor: Das neue Institut soll Fertigteile aus Hochleistungskeramik bis zur Serienreife entwickeln. Derartige Spezialteile werden insbesondere für das SDI-Programm benötigt. △

Neue Anlagen in Antwerpen

Das BAYER-Werk in Antwerpen/Belgien produziert Industrie-Chemikalien, Hilfsstoffe für die Kunststoff-Produktion, Chemiefaser-Vorprodukte, Klebstoffe und Chemikalien für die Landwirtschaft. Es soll jetzt durch zwei neue Anlagen für hochwertige Kunststoffe erweitert werden. Die Investition wird ca. 200 Mio. DM betragen.

Die eine Anlage soll jährlich 23.000 t POLYCARBONAT herstellen und 1989 errichtet sein; die andere Anlage ist für POLYPHENYLENSULFID (PPS) mit einem Produktionsbeginn 1990/91 vorgesehen.

In Krefeld/Uerdingen verfügt BAYER bereits über eine POLYCARBONAT-Kapazität von 90.000 to pro Jahr. Dieser schlagfeste Kunststoff mit der Markenbezeichnung MAKROLON wird für verschiedene Autoteile, Disketten etc. eingesetzt.

PPS wiederum ist ein Kunststoff mit hohem Schmelzpunkt (240°) und hoher Widerstandsfähigkeit gegen Chemikalien. Auch für diesen Stoff gibt es in Krefeld/Uerdingen bereits eine kleinere Produktion.

Antwerpen wurde deshalb als Standort für die neuen Anlagen gewählt, weil die Infrastruktur dort besonders günstig sei und bestimmte spezielle Vorprodukte gegeben wären. △

weltweiter Marktführer bei rechnergesteuerten Fotosatz-Systemen, abermals ein schlechtes Jahr gehabt.

Nicht so deutlich ging Weis darauf ein, daß der Konzern in den USA mit ungeheuren Investitionen sein Imperium ausbaut und damit bei kurzfristig sinkenden Gewinnen langfristige Profite sichert. △

Neuer Rekord-Gewinn

Die Zahlen für die ersten 9 Monate 1986 ließen es bereits erwarten: BAYER wird erneut für das Geschäftsjahr einen Rekordgewinn einfahren.

Und so kam es auch. Der "Gewinn vor Steuern" konnte erneut gesteigert werden. Von 3,15 Mrd. DM im Jahr 1985 auf 3,3 Mrd. DM im Geschäftsjahr 1986.

Besonders verblüffend ist, daß diese gestiegenen Milliarden Gewinne trotz drastisch gesunkener Umsätze erzielt wurden. Immerhin sanken diese von nahezu 46 Mrd. DM auf rd. 40 Mrd. DM. △

Für Börsen-Profis ist die BAYER-Aktie ein Phänomen. Sie halten das Papier für "kraß unterbewertet". Der Gewinn je Aktie ist aufgrund der seit Jahren vom Konzern eingefahrenen Rekord-Gewinne ausgesprochen gut. Sie können nicht verstehen, weshalb das Papier an den Börsen derartig niedrig gehandelt wird. Selbst die Papiere der Skandal-Konzerne SANDOZ und LA ROCHE werden teurer gehandelt als die BAYER-Aktie. Und in New York bewilligen die Anleger für den Branchen-Ersten DUPONT ebenfalls ein Vielfaches im Vergleich zum BAYER-Papier.

Es wird offensichtlich höchste Zeit, daß auch andere Chemie-Konzerne von Umweltschützern, Gewerkschaftern u.a. kritisch und öffentlichkeitswirksam unter die Lupe genommen werden. △

Ökonomie

US-Gewinne gesunken

Der Vorstandsvorsitzende der BAYER USA INC./Pittsburgh (Pennsylvania), Dr. Konrad Weis, muß der Konzernzentrale in Leverkusen für 1986 gesunkene Gewinne melden. Die Umsätze stiegen zwar um 4,4 % auf 7,6 Mrd. DM, der Gewinn nach Steuern fiel jedoch um 3 % auf 0,2 Mrd. DM.

Weis begründet den Rückgang im wesentlichen mit der Dollarschwäche und den erheblichen Investitionen der Tochtergesellschaft MILES PHARMACEUTICAL. Auch hätte die BAYER-Tochter COMPUGRAPHIC,

BAYER-Aktien umweltgeschädigt

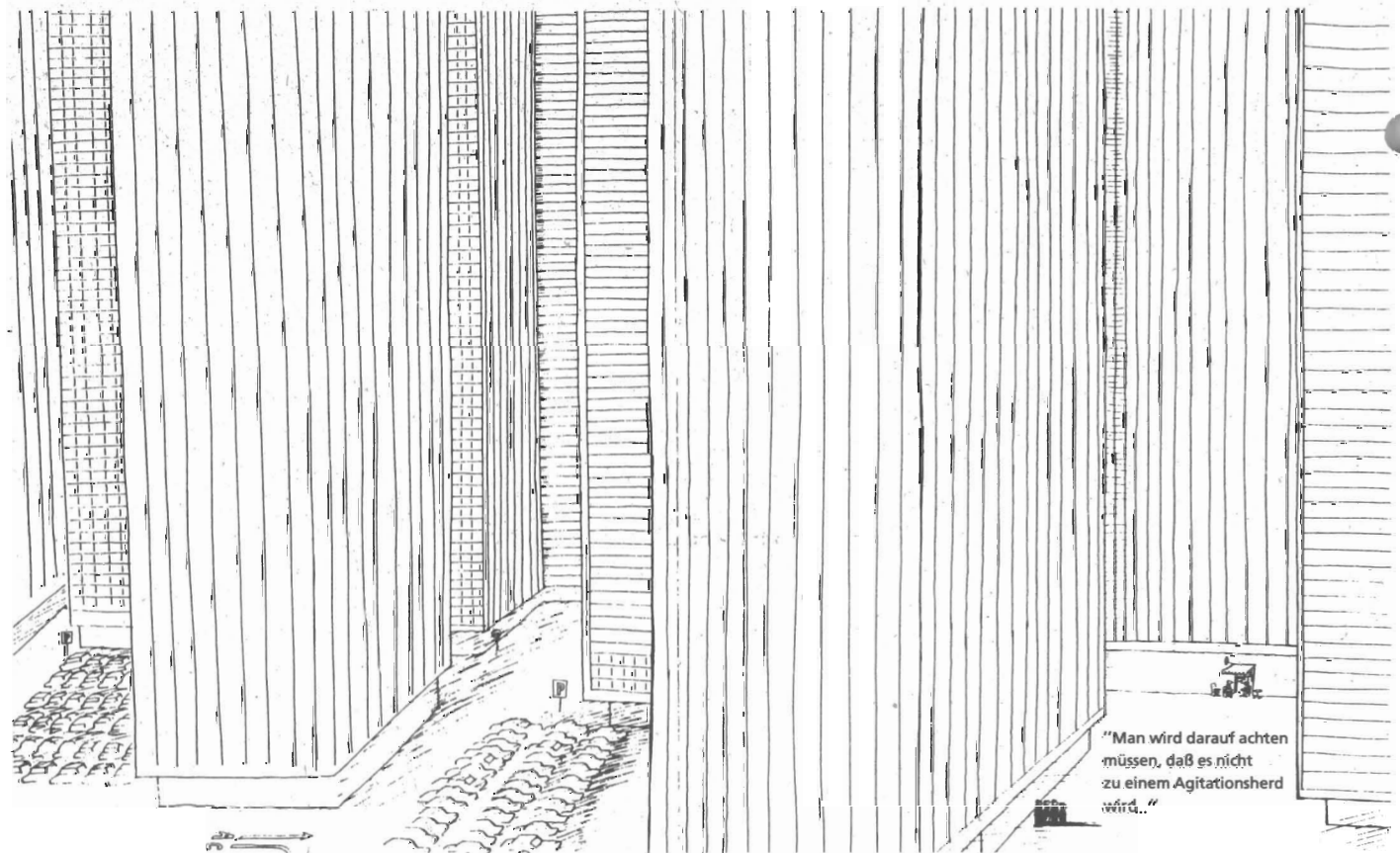
Die BAYER-Aktie ist permanent umweltgebeutel. Nachdem der Kurs von 1985 bis Anfang 1986 um rund 80 % gestiegen war und einen Höchstwert von DM 351,- je fünfzig-DM-Aktie erreichte, schwankt er seither ständig um die dreihundert-DM-Grenze.

Nach den Störfällen im Dezember fiel das Papier sogar bis auf DM 250,-. Und auch der jetzt bekanntgewordene Aids-Skandal wirkte sich im Kurs negativ aus.

Neuer BAYER-Film

"BAYER forscht für den Umweltschutz" - so die Propaganda-Lösung des Konzerns seit Jahr/zt. Angesichts immer neuer Störfälle und Umweltskandale bei BAYER wird allerdings dieses grüne Feigenblatt immer fadenscheiniger.

Das soll jetzt anders werden. Mit großem technischem Aufwand drehte der Dokumentarfilmer Dietrich Wawezyn einen neuen BAYER-Propagandafilm: "Der Umwelt verpflichtet".



Der in monatelanger Arbeit abgedrehte Streifen behandelt die Probleme Abwasser, Abluft und Abfall - ohne allerdings auch nur mit einem Wort kritisch auf sie einzugehen. So wird dem unkundigen Publikum eine Fülle von schöngefärbten Informationen in brillanten Bildern und Grafiken geboten. Es wird mit Zahlen und Fremdwörtern hantiert, es werden hochglänzende Anlagen und technische Gerätschaften in besten Stuyvesant-Einstellungen gezeigt, es werden immer wieder Luftaufnahmen eingeblendet und Menschen, die sich zwischen all den Rohren, Behältern und Meßanzeigen zurechtzufinden scheinen.

Lächerlich allerdings mutet an, daß einer der größten Chemie-Konzerne der Welt neuerdings nicht mehr dem Profit, sondern der Umwelt verpflichtet sein soll. Zumal mittlerweile bekannt ist, daß alleine das BAYER-Werk in Leverkusen Tag für Tag mehr als 2.000 Tonnen Gifte in den Rhein kippt. △

BAYER zu den Rhein-Störfällen

Im folgenden dokumentieren wir an drei Original-Zitaten die Haltung des BAYER-Konzerns nach den Störfällen im Herbst 1986. Es wird sowohl die Arroganz des Konzerns deutlich als auch der zynische Wandel nach Eintritt der BAYER-Störfälle unmittelbar nach der SANDOZ-Katastrophe.

Es handelt sich um Zitate von verantwortlichen Managern auf höchster BAYER-Ebene. Sie gelten bis heute als Linie im Konzern und werden bis auf die untersten Management-Ebenen und in zahllosen BAYER-Publikationen nachgebetet. Nicht nur hierzulande, sondern auch in den Werken in aller Welt. Das belegen z.B. entsprechende Zitate aus Brasilien.

Nach der SANDOZ-Katastrophe, vor den bekanntgewordenen BAYER-Störfällen:

Vorstandsmitglied, Prof. Dr. Eberhard Weise: "Katastrophen sind bei BAYER praktisch ausgeschlossen."

Konzernsprecher Willig: "So etwas ist bei uns nicht möglich!"

Nach dem Bekanntwerden der beiden BAYER-Störfälle:

Vorstandsvorsitzender H.J. Strenger: "Wohlstand zum Nulltarif gibt es nicht." △

Vereinnahmung der Berufsgenossenschaft

"Gesundheits-, Arbeits- und Umweltschutz haben für die Industrie einen hohen Rang" - so ein Kernsatz der im Juni 1986 veröffentlichten "Umwelt-Leitlinien" des Verbandes der Chemischen Industrie (VCI).

Um diese These zu beweisen, wird vom VCI - und selbstverständlich auch vom BAYER-Konzern - immer wieder die Berufsgenossenschaft der Chemischen Industrie zitiert. "Die Chemie gehört zu den sichersten Industriezweigen der deutschen Wirtschaft. Das belegen die Zahlen der Berufsgenossenschaft".

Die Berufsgenossenschaft ist eine von den Unternehmern und den Gewerkschaften zu gleichen Teilen verwaltete Unfallversicherung mit Rechtssetzungskompetenz in der Unfallverhütung. Berufskrankheiten werden, sofern sie einer eindeutigen Ursache zuzuordnen sind, Unfällen gleichgestellt.

Die Berufsgenossenschaft der Chemischen Industrie tut sich allerdings sehr schwer. Aufgrund des starken Einflusses der Chemiekonzerne und der unternehmerfreundlichen IG Chemie fallen die meisten chemiebedingten Krankheiten einfach unter den Tisch. Mit der Begründung, daß keine "eindeutige Ursache" vorliegt.

Selbst dort, wo sich bestimmte Krankheiten aufgrund eines Chemie-Unfalls ergeben, wird den Betroffenen in der Regel Anerkennung und Entschädigung verweigert. So kämpfen z.B. die DIOXIN-Geschädigten des BASF-Unfalles von 1953 noch heute um ihre Rechte - soweit sie noch leben.

Entsprechend schließt sich der Kreis: BAYER & Co. sorgen in der Berufsgenossenschaft für die Nicht-Anerkennung von Krankheiten und können sich hinterher auf eine entsprechend positive Bilanz berufen. △

Politik

Wieder Orden für BAYER

Der vor kurzem ausgeschiedene Leiter des BAYER-Werkes Krefeld/Uerdingen, Dr. Gerhard Kienast, erhielt das vom Bundes-

präsidenten verliehene Bundesverdienstkreuz 1. Klasse aus der Hand des Regierungspräsidenten Dr. Fritz Behrens. Damit verlängert Dr. Kienast die bereits umfangreiche Liste der BAYER-Ordensträger weiter.

Einigermaßen skandalös ist die Begründung für diesen Orden. Obwohl es zu Zeiten des Werksleiters Kienast (1971 - 1986) in Krefeld immer wieder zu Störfällen, zu Verseuchung der Umwelt, zu Bürgerprotesten wegen fehlenden Umweltschutzes etc. kam, wurden mit dem Orden "vorrangig die Verdienste auf dem Gebiet des Umweltschutzes" gewürdigt. Dr. Kienast habe bewiesen, "daß BAYER die Gewinnmaximierung zugunsten der Umwelt zurückstellt" - eine Behauptung, die jeder wirtschaftswissenschaftlichen Logik und auch der Realität Hohn spricht; allerdings sehr publikumswirksam.

Ebenso geschickt wurde im Rahmen der Ordensverleihung die Machtverflechtung des BAYER-Managers in karitatives Handeln umgemünzt: Der Sitz von Dr. Kienast in unzähligen Kommissionen, die Steuerung evangelischer und katholischer Kirchengemeinden, die Instrumentalisierung von Sport- und Heimatvereinen und nicht zuletzt die Beeinflussung der Karitativen Vereinigungen durch den Werksleiter wurden zu "hervorzuhebendem Engagement" aufgewertet.

Insgesamt also ein Orden so recht nach BAYER-Geschmack. △

CDA bei BAYER-Brunsbüttel

Eine Delegation der Christlich Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) des Kreises Steinburg besuchte das BAYER-Werk Brunsbüttel. Sie wurde vom Werksleiter, Dr. Kleineweischede, empfangen und in die heile



BAYER-Welt eingeführt. Die Verseuchung der Elbe, die Störfälle und Beinahe-Katastrophen, der breite Widerstand aus der Bevölkerung und andere kritische Themen blieben ausgeklammert.

Nach 3½ Stunden verabschiedeten sich die Gäste mit der Absicht, "den Kontakt zum Werk aufrechtzuerhalten". Aus BAYER-Sicht sind die Kolleginnen und Kollegen von der CDA gute Multiplikatoren, die dazu beitragen, ein "positives Bild" des Chemie-Giganten in der Öffentlichkeit zu verbreiten. △

Mit der Deutschen Bank gegen Kritiker

Die Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands/MLPD verteilte vor den Toren der Leverkusener BAYER-Werke Flugblätter. Was dann passierte, läßt sich leicht rekonstruieren. Die unliebsame Schrift landete beim Werksschutz, der den entscheidenden Hinweis gab: Auf dem Flugblatt war ein Spendenkonto bei der Deutschen Bank angegeben. Der Konzern - selbst personell und finanziell auf das engste mit der Deutschen Bank verflochten - handelte sofort. Er setzte sich mit seiner Hausbank in Verbindung und verlangte eine Kündigung des Kontos. Die Deutsche Bank kam diesem Wunsch ihres Geschäftspartners sofort nach. Die MLPD verlor ihr Konto.

In der zweiten Instanz vor dem Essener Landgericht wurde nun die Kündigung allerdings für unwirksam erklärt. Wenn der Fall nicht weitergetrieben wird, wird BAYER damit leben müssen, daß auch der politische Gegner bei "seiner" Bank Konten unterhält. △

BAYER gegen Änderung der Störfall-Verordnung

Im Verkehr zwischen BAYER und der CDU ist ein neuer Ton eingekehrt. Nicht mehr freundlich jovialer Umgang bestimmt das Klima, sondern harsche Kritik.

Dies mußte auch Dietrich Austermann/CDU, bisher BAYERS Lieblings-Bundestagsabgeordneter in Brunsbüttel, erfahren. Bei einer öffentlichen Diskussion im Dezember wurde er von BAYER-Werksleiter Dr. Kleine-Weischede angeschnauzt: "Das ist ein Aberwitz, was Sie da verbrochen haben!"

Gemeint war die geplante Änderung der Störfallverordnung durch CDU-Minister Wallmann nach den Rhein-Störfällen. BAYER empört sich darüber, daß künftig die Chemische Industrie in der Störfall-Kommission nicht mehr vertreten sein soll.

Sicherlich wird CDU-Austermann wissen, was er zu tun hat und die BAYER-Kritik höheren Orts in "geeigneter Form vortragen."

Mal abwarten, wie die Störfallverordnung tatsächlich geändert wird. Auf jeden Fall nicht so, wie es Umweltschutzverbände und Gewerkschaften fordern. △

BAYER gegen neue Umweltgesetze

Nach der SANDOZ-Katastrophe und den Störfälle bei BAYER, BASF und HOECHST wurde der Ruf nach schärferen Gesetzen sowie deren Kontrolle immer lauter. So wurde eine Umkehr der Beweislast, freier Zugang für Umweltschutz-Organisationen zu

den Genehmigungsunterlagen (Akteneinsicht), die Erhöhung der Höchststrafe für Umweltdelikte auf 10 Mio. DM und vieles andere mehr gefordert.

Die Chemische Industrie hält dies alles für überflüssig. Der Vorstandsvorsitzende von BAYER weist alle Forderungen nach schärferen gesetzlichen Auflagen und größeren finanziellen Anstrengungen der Industrie weit von sich. Er ist sich nicht zu dumm, sogar angesichts der BAYER-Störfälle im November 1986 die beunruhigte Öffentlichkeit mit leeren Floskeln abzuspeisen.

Er weiß sich dabei seines Umweltministers und seiner Bundesregierung sicher. Diese ziehen nicht gegen die Gefahren der Chemischen Industrie zu Felde, sondern versuchen, die Öffentlichkeit mit wortgewaltiger Rhetorik zu besänftigen. △

Chinesischer Botschafter bei BAYER

Der Botschafter der Volksrepublik China in der Bundesrepublik besuchte das BAYER-Werk in Leverkusen. Prof. Guo Fengmin wurde vom Vorstandsvorsitzenden des Konzerns, H.J. Strenger, sowie dem Vorstandssprecher für die Regierung Fernost, Dr. Rohe, empfangen.

Der Besuch kommt nicht von ungefähr. Immerhin hat der Konzern unlängst in der VR China ein Gemeinschaftsunternehmen zur Herstellung von Dental-Produkten gegründet. △

NEUER AUFKLEBER WARNT VOR 'BAYER'!

← 10 cm →

Kreuz: leuchtorange

Schrift: schwarz

Der Aufkleber ist in leuchtendem Gefahrenorange mit schwarzer Schrift weithin sichtbar.

Preis je Stück DM 1,-,
bei Abnahme von 10 Stück 30%,
bei 50 Stück 40%
und bei 100 Stück 50%.

Bestellcoupon auf der letzten Seite

Gesellschaft

Ehren-Nadel für scheidenden Werksleiter in Dormagen

Dem ausscheidenden Leiter des BAYER-Werkes Dormagen, Dr. Walter Bayer, wurde die silberne Ehrennadel der Stadt Dormagen verliehen. Bürgermeister Alef betonte "die vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen der Stadt und dem BAYER-Werk".

Nach dem großen GUSATHION-Störfall in Dormagen im Herbst 1979 klang das anders. Bürgermeister Alef war damals erschüttert über das Verhalten des Konzerns angesichts der Katastrophe. BAYER veröffentlichte damals falsche Zahlen über die ausgetretene Giftmenge und ließ die Öffentlichkeit über die Qualität und die Auswirkungen des Giftes im unklaren. Von "vertrauensvoller Zusammenarbeit" keine Spur.

△

In Dormagen Einsicht verweigert

Der Realschullehrer Klaus Streckenbach aus Dormagen unterrichtet das Fach Geschichte. In seiner Freizeit beschäftigt er sich mit der Geschichte der Stadt Dormagen. Bereits mehrere Forschungsprojekte hat er zu diesem Thema durchgeführt.

In seinem jüngsten Forschungsprojekt wollte er sich mit den Zwangsarbeiterlagern des BAYER-Konzerns - früher IG FARBEN - in Dormagen befassen. Er machte seltsame Erfahrungen: Die Stadt Dormagen verweigerte ihm die Einsicht in ihre Archive. Und dies, obwohl üblicherweise jedem, der sich ernsthaft mit geschichtlichen Problemen beschäftigt, die Einsicht gewährt wird.

△

Aufwertung für BILTRICIDE

1980 brachte der BAYER-Konzern das Medikament PRAZIQUANTEL mit dem Wirkstoff BILTRICIDE auf den Markt. Dieses Mittel gegen Wurmkrankheiten wird insbesondere in den Ländern der Dritten Welt benötigt.

Obwohl PRANZIQUANTEL lediglich durch einen Zufall entdeckt wurde, wird es von BAYER immer wieder als "wissenschaftliche Errungenschaft langjähriger Pharma-Forschung" gepriesen. Um die öffentlichen Zweifel an der Seriosität dieser Behauptung weiter auszuräumen, kommt BAYER die Verleihung des französischen Preises PRIX GALIEN gerade recht. Dieser Preis wird jährlich an ein "hervorragendes Arzneimittel und eine wissenschaftliche Arbeit" verliehen.

BAYER erhält diesen Preis bereits zum zweitenmal. Auch 1980 kam der PRIX GALIEN nicht ungelegen. Er förderte die profitable Vermarktung des Medikamentes ADALAT. △

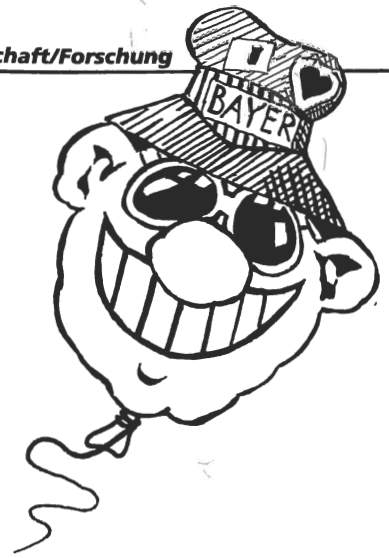
Wissenschaft / Forschung

Neuer BAYER-Professor

Dr. Dieter Maruhn vom Institut für Pharmakokinetik im Pharma-Forschungszentrum des BAYER-Konzerns in Wuppertal, wurde vom nordrhein-westfälischen Wissenschaftsminister zum außerplanmäßigen Professor für Klinische Chemie ernannt. △

BAYER-Professor an der Universität Stuttgart

Dr. Martin Polke ist Leiter des Ingenieurbereichs Prozeßleittechnik der BAYER AG. Er wurde zum Honorar-Professor der Universität Stuttgart ernannt. △



Bei uns ist immer Kirchentag

Publik-Forum ist eine Zeitung, die von der Initiative vieler einzelner Christen lebt und getragen wird. Wir suchen und schaffen Öffentlichkeit für Informationen, die allzu oft «unter den Tisch der Herren fallen».

Publik-Forum ist Ort der Auseinandersetzung mit allem, was Christen bewegt und bewegen sollte.

Publik-Forum erscheint 14tägig, Format DIN A 4, 36 Seiten.

3 Monate kennenlernen für nur 20,- DM!

Ich bestelle **Publik-Forum** für 3 Monate zum Preis von 20,- DM. Dieses Abo verlängert sich nicht automatisch.

Name, Vorname: _____

Straße: _____

PLZ, Ort: _____

Datum, Unterschrift: _____

☐ Ein Verrechnungsscheck liegt bei.

☐ Bargeld liegt bei.

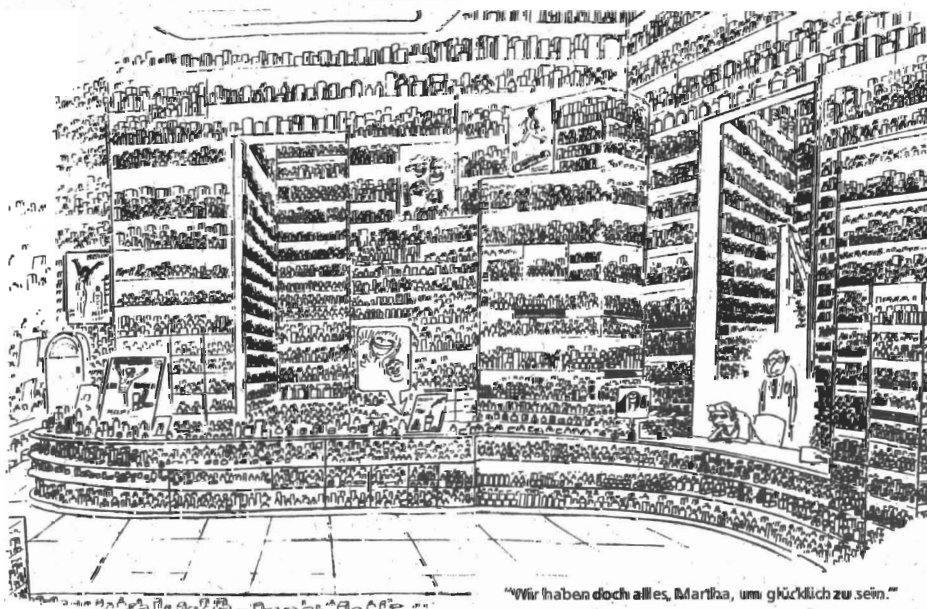
Ich weiß, daß ich diese Bestellung innerhalb von sieben Tagen nach Absendung in schriftlicher Form widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Unterschrift: _____

Bitte ausschneiden und einsenden an:

Publik-Forum

POSTFACH 730771 · 60070 FRANKFURT 70



"Wir haben doch alles, Martha, um glücklich zu sein."

Buchbesprechungen

Rheinalarm

In enger Zusammenarbeit mit der BAYER-Coordination haben der Chemiker Dr. Jörg Heimbrecht und der Journalist Jochen Molck das Buch "Rheinalarm" zusammengestellt. Sie beweisen, daß die SANDOZ-Katastrophe und andere Chemie-Unfälle lediglich spektakuläre Höhepunkte eines "Dauer-Skandals" sind. Der Rhein wird kontinuierlich und ununterbrochen von BAYER und anderen Chemiekonzernen versucht und zerstört.

Das Buch enthält eine Liste der 292 größten Abwassereinleiter an Rhein, Mosel, Neckar und Main. Die danach mit Abstand größten Wasserverschmutzer im Rheineinzugsgebiet sind der BAYER-Konzern, die Farbwerke HOECHST, die BASF und die Papierfabrik WALDHOF-ASCHAFFENBURG. Die Autoren belegen, daß z.B. allein das BAYER-Werk in Leverkusen mit behördlicher Erlaubnis und in Übereinstimmung mit den bestehenden Gesetzen Tag für Tag 2.000 Tonnen Chemiemüll in den Rhein leiten darf. Darunter große Mengen krebserzeugender Substanzen.

Der dokumentierte interne Briefwechsel zwischen BAYER und dem Regierungspräsidenten in Köln macht deutlich, daß bislang nur ein kleiner Teil der Betriebsstörungen mit Gewässerverunreinigungen an die Öffentlichkeit gedrungen ist. Das Buch deckt das Zusammenspiel von Staat und chemischer Großindustrie auf und zeigt, daß die Behörden im besten Fall hilflos, oft genug aber auch mitverantwortlich sind für die legalen und illegalen Umweltschädigungen durch die Chemie-Konzerne.

Heimbrecht/Molck "Rheinalarm - genehmigte Vergiftung", 219 Seiten, zahlreiche Abbildungen, DM 14,80. ▲



Boom ohne Arbeitsplätze

Seit mehr als 10 Jahren sind die Beschäftigtenzahlen beim BAYER-Konzern nahezu gleichbleibend. Zugleich verdoppelten sich allerdings die Umsätze. Und die Gewinne nach Steuern verzehnfachten sich gar.

Mit dieser Erscheinung, die bei allen bundesdeutschen Konzernen auftritt, beschäftigt sich Stefan Welzk in seinem neuen Buch "Boom ohne Arbeitsplätze".

Der Autor weist nach, daß die Annahme, die Unternehmen würden mehr investieren, wenn sie nur Geld auf den Konten hätten, durch die Erfahrungen der vergangenen Jahre nicht bestätigt wird. Vor allem die Großkonzerne haben genügend Milliarden flüssig und schaffen dennoch keine neuen Arbeitsplätze.

Alle in "Stichwort: BAYER" vorgestellten Bücher sowie andere Titel zum Thema können bei unserem Versand **Chemie-Mensch-Umwelt** (CMU-Versand) bezogen werden.

Wir liefern ausschließlich gegen Scheck oder Nachnahme.

Coupon ausfüllen, unterschreiben, Scheck beilegen oder Nachnahme bestellen und einsenden an:

CMU-Versand
Hofstr. 27a
5650 Solingen 11

Alternativer Geschäftsbericht zum BAYER-Konzern	DM 10,—
Rheinalarm	DM 14,80
Boom ohne Arbeitsplätze	DM 20,—
Giftgrün/Pestizid-Gefahren	DM 24,80
Tatort Chemie/Lexikon	DM 28,—
Gift, Macht, Geld/Zur Entgiftung der Chem. Industrie	DM 19,80
...und heute die ganze Welt/Geschichte der IG FARBEN	DM 39,80
Bundesdeutsche Konzerne in der 3. Welt	DM 14,80
OMGUS-Report IG FARBEN/Protokoll der US-Militär-Justiz	DM 25,—
Chemie im Kinderzimmer	DM 26,—
Aufkleber „Don't BAYER me!“ bis 5 St.nur DM 0,80 Rückporto	DM 1,—
Porto/Verpackung	DM 5,—
Summe	DM

- ☐ Scheck liegt bei
☐ bitte liefern Sie per Nachnahme

Absender _____

Datum/Unterschrift _____

Im Gegenteil, regelmäßig zu den Tarifverhandlungen überkommt die Unternehmensführung immer wieder tiefes Leid über den "ökonomischen Niedergang". Die Milliarden-Gewinne schrumpfen in ihrer Darstellung auf Ameisengröße zusammen. Angeblich fehlt hinten und vorne Kapital, es kann nicht investiert werden, neue Arbeitsplätze sind nicht in Sicht.

Ebenso schnell haben sie die Heilbehandlung zur Hand: Die Löhne müssen gesenkt, die Steuerlast muß von den Unternehmen genommen, die Soziallasten müssen abgeschafft werden.

Das Buch gibt ausführlich und überzeugend Auskunft darüber, mit welchen Tricks und Schleiertänzen viele Konzerne die Gewinne vor der Steuer verschwinden lassen. Auch die internationalen Finanzmärkte werden beleuchtet, auf denen der VW-Konzern gerade eine halbe Milliarde "verloren" hat.

Stefan Welzk "Boom ohne Arbeitsplätze", 251 Seiten, DM 20,—. ▲

Wir über uns Impressum

Herausgeber

Internationale Koordinationsstelle -
Aktiv gegen BAYER-Umweltgefährdung e.V.
Hofstr. 27a
D-5650 Solingen 11
(0)212 - 33 49 54

Die "Internationale Koordinationsstelle - Aktiv gegen BAYER-Umweltgefährdung e.V." - kurz: BAYER-Coordination - ist ein internationales Netzwerk, in dem sich Betroffene und Interessierte kritisch mit dem multinationalen BAYER-Konzern auseinandersetzen. Ziel der Arbeit ist es, die vom BAYER ausgehenden Gefahren für Mensch und Umwelt bekannt zu machen, einzudämmen und langfristig ganz abzustellen.

Verlag

Eigenverlag

Redaktion

"Stichwort: BAYER"
Informationen der BAYER-Coordination
Jägerstraße 78
D-4000 Düsseldorf 1
(0)211 - 22 92 601

Redakteure

Dieter Gremler
Axel Köhler-Schnura
Hubert Ostendorf

Layout

Christoph Hill
Frank Hockemeyer
Silke Kröger

Druck

TIAMATdruck
Luisenstraße 69
4000 Düsseldorf

Satz

Graphische Werkstatt
Erftstraße 14
4040 Neuss 1

Anzeigen

Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 1 v. Januar 1986

Nachdruck

Der Nachdruck von Artikeln aus "Stichwort: BAYER" ist ausdrücklich erwünscht. Bitte Quelle angeben und Belege übersenden

Konto

Postgironummer
37 83 83 - 439

Buchbesprechungen

Rheinalarm

In enger Zusammenarbeit mit der BAYER-Coordination haben der Chemiker Dr. Jörg Heimbrecht und der Journalist Jochen Molck das Buch "Rheinalarm" zusammengestellt. Sie beweisen, daß die SANDOZ-Katastrophe und andere Chemie-Unfälle lediglich spektakuläre Höhepunkte eines "Dauer-Skandals" sind. Der Rhein wird kontinuierlich und ununterbrochen von BAYER und anderen Chemiekonzernen verseucht und zerstört.

Das Buch enthält eine Liste der 292 größten Abwassereinleiter an Rhein, Mosel, Neckar und Main. Die danach mit Abstand größten Wasserverschmutzer im Rheineinzugsgebiet sind der BAYER-Konzern, die Farbwerke HOECHST, die BASF und die Papierfabrik WALDHOF-ASCHAFFENBURG. Die Autoren belegen, daß z.B. allein das BAYER-Werk in Leverkusen mit behördlicher Erlaubnis und in Übereinstimmung mit den bestehenden Gesetzen Tag für Tag 2.000 Tonnen Chemiemüll in den Rhein leiten darf. Darunter große Mengen krebserzeugender Substanzen.

Der dokumentierte interne Briefwechsel zwischen BAYER und dem Regierungspräsidenten in Köln macht deutlich, daß bislang nur ein kleiner Teil der Betriebsstörungen mit Gewässerunreinigungen an die Öffentlichkeit gedrungen ist. Das Buch deckt das Zusammenspiel von Staat und chemischer Großindustrie auf und zeigt, daß die Behörden im besten Fall hilflos, oft genug aber auch mitverantwortlich sind für die legalen und illegalen Umweltschädigungen durch die Chemie-Konzerne.

Heimbrecht/Molck "Rheinalarm - genehmigte Vergiftung", 219 Seiten, zahlreiche Abbildungen, DM 14,80. ▲



Absender _____

Bitte liefern Sie Probehefte
von "Stichwort: BAYER"
auch an folgende Anschrift/en:

Antwortkarte

"Stichwort: BAYER"

LeserService

Christiane Schnura

Hofstr. 27a

5650 Solingen 11

Bitte
mit 60 Pf.
freimachen

Konditionen Abonnement

"Stichwort: BAYER" erscheint sechsmal im Jahr. Die Abo-Gebühren decken gerade die Selbstkosten für Informationsbeschaffung, Druck, Porto etc. Die Redakteure, Layouter und viele andere arbeiten grundsätzlich ehrenamtlich.

Alle Abo-Gebühren verstehen sich für ein Jahr.

Einzelabo	DM 30,--	
Gruppenabo		
5 Expl./Ausgabe..	DM 70,--	
Journalistenabo		
incl. Pressemat.	DM 70,--	
Förderabo		
Selbsteinstufung		
mind. DM 70,--	DM	_____

Vertrauensgarantie

Wir garantieren, daß das Abonnement ohne Angabe von Gründen innerhalb einer Woche bei der BAYER-Coordination, Christiane Schnura, Hofstr. 27a, 5650 Solingen 11 schriftlich widerrufen werden kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung.

Konditionen Mitgliedschaft

Wir wehren uns gegen den multinationalen Chemie-Konzern BAYER und die von diesem ausgehenden Gefahren Mensch und Umwelt.

Wir arbeiten für mehr Umweltschutz und sichere Arbeitsplätze bei BAYER - weltweit.

Unsere Arbeit ist ungewöhnlich. Im Gegensatz zu anderen Gruppen und Organisationen wenden wir extrem das Verursachprinzip auf BAYER an. Seit mittlerweile 4 Jahren erfolgreich.

Entsprechend der Effizienz unserer Arbeit bekommen wir allerdings den Zorn und die Reaktion des Chemie-Giganten stärker zu spüren als andere.

Wir sind deshalb auf Unterstützung angewiesen. Personell und finanziell.

Alle Beiträge verstehen sich als Monatsbeiträge.

Normale Mitglied-	
schaft	DM 7,50
Gruppenmitglied-	
schaft	
bis 100 Mitgl. ..	DM 10,--
größer	DM 20,--
Ermäßigte Mit-	
gliedschaft auf	
Antrag	DM 5,--
Fördermitglied-	
schaft mind.	
DM 10,--/mtl. ...	DM _____

Achtung:

Mitglieder und Förderer erhalten "Stichwort: BAYER" im Rahmen ihrer Mitgliedschaft automatisch.